

CHRISTIN CHRIST UND CuS SOZIALISTIN SOZIALIST

**Blätter des Bundes der
Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten
Deutschlands e.V.**

Einzelverkauf
5,- DM

Neue Folge
19. Jahrgang

Juni
1995

2/96

Matthias Nauerth

Die Krise des Kapitals

Anmerkungen zur deutschen
Sozialstaatsdebatte

Oliver Wildener/ Alfred Schulz

Projekt links-ökologische Reformpolitik ade?

Zur Landtagswahl in Schleswig-Holstein

Siegfried Katterle

Sozialismus

Referat auf der BRSD-Jahrestagung 96

Asta Pusch

Christliche Sozialisten in Australien

Impressum

CuS – Christin und Sozialistin/Christ und Sozialist wird herausgegeben vom Vorstand des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten (BRSD) e.V.:

Wolfgang Lünenbürger, Hamburg

Dr. Martina Ludwig,
Friedrichroda/Thüringen

Florian Hars, Hamburg
Erscheinungsweise vierteljährlich

Bezugspreis jährlich DM 20,-
(Ausland DM 25,-) incl. Porto
Zahlungen zu Beginn des Jahres bitte
an den Bund der religiösen
Sozialistinnen und Sozialisten (BRSD),
Postgiroamt Dortmund
189 389-464 (BLZ 440 100 46).

Quittungen werden auf Wunsch
zugesandt. Förderabo DM 30,- oder
mehr. Beiträge über DM 20,- sind als
Spende steuerlich absetzbar.

CuS – Christin und Sozialistin/
Christ und Sozialist kooperiert
mit »Neue Wege«, Zürich.

Redaktion:

Christa Peter (Geschäftsführung)

Fechnerstr.18, 10717 Berlin

Tel./FAX 030/8612034

Udo Fleige, Tübingen

Jürgen Gorenflo, Karlsruhe

Matthias Nauerth, Ellerbek/Schleswig-
Holstein

Dr. Ulrich Peter, Berlin

Abonnements und Retours:

BRSD, Postfach 2521,

72015 Tübingen,

Kündigungen werden zum

Jahresende wirksam

Layout: Andreas Hesse, Berlin

Repro: Umbruch, Berlin

Druck: Hephata-Werkstätten,
Mönchengladbach

Hergestellt auf Umweltschuttpapier

ISSN-0945-828X

Inhaltsverzeichnis:

Die neue Redaktion	4
Matthias Nauerth	
Die Krise des Kapitals	6
Anmerkungen zur deutschen Sozialstaatsdebatte	
RAG- DGB-Jugend Berlin	12
Standort-Droge – Nein Danke	
Stempellied	16
Dieter Kelp	
Das Ende der Sonntagsreden	17
Oliver Wildener/ Alfred Schulz	
Projekt links-ökologische Reformpolitik ade?	19
Zur Landtagswahl in Schleswig-Holstein	
Linksunten in Kirche und Umgebung.	23
Die Serie in CuS	
Ulrich Peter	
Jahrestagung 1996 des BRSD	24
Siegfried Katterle	
Sozialismus. Referat auf der BRSD-Jahrestagung 96	29
Kurt Oesterle	
Leidenschaftlich und gelassen –	
Norbert Greinacher zum 65. Geburtstag	41
Asta Pusch	
Christliche Sozialisten in Australien	43
Wählt das Leben!	
Erklärung der Jahresversammlung der ICL	45
und des BRSD-Bundesvorstandes	
Ulrich Peter	
Kreuz und Quer – aber nicht bei Ragaz!	46
Arnold Pfeiffer	
Rezension zu Lothar Wenzel. Sozialismus aus	48
christlichem Gewissen bei Georg Wünsch.	
Wulf Schade	
Buchanzeige	52
Einladung zum Seminar	53

Editorial:

Dieses Heft ist das erste in der Verantwortung der neuen Redaktion. Das Impressum dieser Nummer weist zwei wesentliche Veränderungen auf. Zum einen hat die Jahrestagung des Bundes der religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands eine neue Redaktion gewählt. Ihr gehören neben Christa und Ulrich Peter und Matthias Nauerth mit Udo Fleige und Jürgen Gorenflo zwei neue Redakteure an. Zum andern ist die alt-ehrwürdige Institution der Schriftleitung, verbunden mit der Mitgliedschaft im BRSD-Bundesvorstand, abgeschafft worden. Stattdessen wählt die Redaktion aus ihren Reihen eine Person, die für jeweils vier Hefte, also einen Jahrgang, die Redaktionsgeschäftsführung übernimmt. Für dieses Heft und die kommenden drei Ausgaben ist Christa Peter verantwortlich.

Diese Ausgabe hat zwei Schwerpunkte. Den ersten Schwerpunkt verdanken wir der Bundesregierung, die ihrem Ruf als geschäftsführendem Ausschuss des deutschen Kapitals alle Ehre macht. Vor vier Jahren schrieben wir in CuS, daß die Unternehmer die Sozialpartnerschaft aufkündigen. Heute müssen wir konstatieren, daß CDU/CSU/FDP dabei sind, vierzig Jahre bundesrepublikanischer Entwicklung zurückzudrehen. Die Umverteilung von unten nach oben wird mit einer Dreistigkeit vollzogen, die uns jedesmal neu in Erstaunen versetzt. Rudolf Scharping sprach in der Bundestags-Debatte zum „Spar-Paket“ davon, daß die Regierung auf dem Marsch in eine andere Republik sei. Lange schien es so, als würde ihr die Mehrheit unserer Bevölkerung wie die Lemminge auf diesem Weg folgen. Der gesellschaftliche Diskurs über die „Notwendigkeit des Sparens“ hatte die Gehirne vernebelt. Es scheint, als wäre dies endlich vorbei. Im Bundesgebiet nehmen die Aktionen gegen die Zerschlagung des Sozialstaats zu, und der DGB beginnt aus seinem langen Schlaf zu erwachen. In Berlin erleben wir praktisch jeden Tag phantasievolle Aktionen von StudentInnen, SchülerInnen, MitarbeiterInnen von Projekten etc. Statt sparen bei den Armen - streichen bei den Reichen! Was wir in der BRD erleben, ist der alte Klassenkampf - klassischerweise wieder von oben. Damit die unten gute Argumente haben, enthält dieses Heft ausreichend Fakten zum Thema Standort und Umverteilung.

Den zweiten Schwerpunkt bildet das Referat, das Prof. Siegfried Katterle auf unserer Jahrestagung hielt. Das dort ebenfalls vorgetragene Referat Kuno Füßels kann aufgrund der Erkrankung des Referenten erst im nächsten Heft erscheinen.

Liebe Grüße Eure Redaktion

Die neue Redaktion:

Udo Fleige, 45 Jahre, ist Religionspädagoge und war bereits Anfang der 80er Jahre Redaktionsmitglied von CuS. Anschließend war er neun Jahre lang Bundessekretär des BRSD. Er ist Mitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und engagiert in der Friedens- und 3.Welt-Arbeit.

Jürgen Gorenflo ist 30 Jahre und arbeitet als Gärtner in Karlsruhe. Vorher hat er in Hamburg evangelische Theologie studiert. Seine bisherigen Arbeitsschwerpunkte waren antinationale Arbeit, Internationalismus und Befreiungstheologie sowie die Kulturarbeit.

Matthias Nauerth, 33 Jahre, arbeitet als Sozialarbeiter in Hamburg in der Drogenarbeit, studiert Soziologie und ist kurz vor dem Diplom. Er ist Mitglied bei Bündnis 90/Grüne und engagiert vor allem im Bereich Internationalismus und Sozialarbeit/ Sozialstaat.

Christa Peter, 41 Jahre, ist Lehrerin und unterrichtet Religion an einer Berliner Grundschule. Sie ist seit drei Jahren Redaktionsmitglied von CuS und zusammen mit Ulrich Peter zuständig für die Endredaktion. Für die nächsten 4 Ausgaben hat sie die Geschäftsführung von CuS übernommen. Sie ist Mitglied der ÖTV.

Ulrich Peter, 44 Jahre, ist ausgebildeter Diplom-Pädagoge und evangelischer Theologe und arbeitet beruflich in der Jugendbildungsarbeit mit Auszubildenden aus dem Metall- und Bausektor. Er ist Vertrauensmann der Gewerkschaft ÖTV und Redaktionsmitglied des „Kirchengockel“, der ÖTV-Zeitung für Beschäftigte der Kirchen. Er ist kein Parteimitglied, aber seit langem im links-sozialistischen Bereich aktiv. Redaktionsmitglied von CuS seit 1990 und von 1989 bis März 1996 Bundessprecher des BRSD.

*Es kommt ein Tag
nach allen Tagen
dieser alten Erde
Tag des Herrn genannt
an dem Gott Schluß macht*

*Schluß macht
mit der Macht der Mächtigen
über die Angst der Schwachen*

*Schluß macht
mit dem Weinen der Kinder
weil die Mutter kein Brot hat*

*Schluß macht
mit dem Stöhnen der Gefolterten
und dem Sadismus ihrer Peiniger*

*Schluß macht
mit dem Gleichgewicht des Schreckens
und dem Verbrennen seiner guten Erde*

*Schluß macht
mit der Verachtung der Wahrhaftigen
und den gemeinen Intrigen der Lügner
Schluß macht
mit der Verfolgung seiner Kinder
und den Verhören in der Nacht*

*Dann
wird unsagbare Freude sein
wird helles Lachen herrschen
wird an reichen Tischen gegessen
werden Menschen lallen vor Glück
werden wir sein wie die Träumenden*

*Jetzt schon
träumen wir
von diesem Land
mit wachen Sinnen
in guter Hoffnung
üben wir Zukunft ein
widerstehen der Bosheit
und verkündigen sein Heil*

zu Psalm 126

Die Krise des Kapitals

Anmerkungen zur deutschen Sozialstaatsdebatte

ich bin vorsichtig

*noch behaupte ich nicht
sie hätten die Arbeitslosigkeit geplant*

sie planen ja überhaupt nichts

*wahrscheinlich ist ihnen das alles peinlich
wahrscheinlich sind sie nicht böse*

sondern bloß unfähig

*bewilligt ihnen einen ruhigen Lebensabend
mit psychotherapeutischer Behandlung ihrer Neurosen*

*aber richtet euch unerbittlich
eine neue Produktionsweise ein*

eine fähige

ALFRED ANDERSCH

„Massenarbeitslosigkeit“, so der Bochumer Sozialethiker und Theologe Günter Brakelmann, „kann von einer evangelischen Arbeits- und Sozialethik her nur als Krisenphänomen einer ihrer human-geschichtlichen Aufgabe nicht mehr gewachsenen Wirtschaftsordnung interpretiert werden. Dies alles hat nichts mit rhetorischer Kapitalismuskritik zu tun, sondern ist eine sachnotwenige Aussage, wenn man so etwas wie Sozialethik überhaupt noch ernst nehmen will.“ Er bringt damit zum Ausdruck, was eigentlich angesichts der sozialen Situation in diesem Land offensichtlich ist:

diese Wirtschaftsordnung, also das Ordnungsprinzip des privaten Kapitals und freien Marktes, befinden sich in einer tiefen Krise. Denn seit einiger Zeit gelingt es ihr auch im nationalen Rahmen nicht mehr, die Wohlfahrt aller Bürgerinnen und Bürger durch die angemessene Verteilung der erwirtschafteten Reichtümer zu gewährleisten, so wie es als Anspruch in allen marktwirtschaftlichen Selbstrechtfertigungen seit Adam Smith formuliert wird. Nötig scheint daher ein Umbau des Kapitalstaates, dieser Wirtschaftsordnung, somit der Bedingungen, unter denen Güter und Gewinne pro-

duziert und verteilt werden, um zu gewährleisten, daß Wirtschaft und Industrie zukünftig mit der Versorgung der Bürgerinnen und Bürger nicht mehr, wie zur Zeit, überfordert sein werden.

Das Besondere dieser offensichtlichen Krise ist aber nun, daß sie als eine Krise des Sozialstaates diskutiert wird. Nicht die Struktur der Volkswirtschaft, das Kapital, sondern die verschiedenen sozialen Sicherungssysteme dieser Gesellschaft sind demnach das Problem. Diese vermeintliche Krise der sozialen Sicherungssysteme sollen nun dadurch aufgefangen werden, daß man sie abbaut, um die „überforderte“ Wirtschaft zu entlasten. Politisch wird dieser Abbau daher einerseits betrieben, andererseits den Lohnabhängigen dieser Abbau als etwas zu vermitteln gesucht, das in ihrem Interesse stattfindet, da, so die herrschende Ideologie, eine von sozialen, also finanziellen, Belastungen befreite Wirtschaft erfolgreich sein kann und dieser Erfolg wiederum allen Bürgerinnen und Bürgern zugute komme. Das heißt: obwohl Wirtschaft und Industrie an ihrem Auftrag zunehmend scheitern, den Reichtum nicht nur herzustellen, sondern zur Grundlage allgemeiner Wohlfahrt zu machen, wird die allgemeine Wohlfahrt in Frage gestellt, anstatt die ineffiziente Form, in der Wirtschaft und Industrie organisiert sind. Statt Regulierung der Produktionsbedingungen, also Reform der Produktionsweise, wird die Deregulierung des Sozialstaates betrieben. Bis in weite Teile der SPD hinein vertritt man daher, leicht variiert, folgende Standpunkte:

Das inländische Kostenniveau (Löhne) gilt als zu hoch, muß also sinken. Die Investivkraft der Unternehmen (aufgrund der Steuerbelastung für den Sozialstaat) gilt als zu gering, muß also steigen und der Arbeitsmarkt (das Arbeitsrecht) gilt als zu unflexibel, muß also flexibler werden. Daher sei zum Beispiel folgendes nötig: Abbau

der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und Kürzung der Renten, Abbau der zumutbaren Maßstäbe für die Arbeitsaufnahme; Arbeitslose bekommen statt geminderter Arbeitslosen- nun schneller Sozialhilfe, die so dann gekürzt wird. Angekündigt wird der weitere Abbau sogenannter versicherungsfremder Leistungen im Sozialsystem, die gleichzeitige Senkung der Unternehmenssteuern sowie die Abschaffung der Vermögens- und Gewerbesteuer. Öffentliche Verwaltungen werden „lean“, ihre Aufgaben so weit es geht privatisiert und verringert. „Verkrustete Strukturen“ sollen aufgebrochen werden, um Deregulierung, Flexibilisierung in der Tarifpolitik und bei der Arbeitszeit zu ermöglichen. Der Tarifvertrag, so wird hier und da gefordert, soll sich zukünftig nur noch auf ein Minimal-einkommen beschränken; der Rest soll im Betrieb geregelt werden. Dieser Maßnahmenkatalog wird dabei beständig erweitert und verändert. Gemeinsam ist aber allen Vorschlägen und Absichtserklärungen, daß nicht die Ordnung kapitalistischen Wirtschaftens zum Problem gemacht und umgebaut werden soll, sondern der Sozialstaat, also die sozialen Absicherungen der Lohnabhängigen. Der US-Ökonom Dornbusch rechtfertigt im SPIEGEL diesen Kampf gegen den Sozialstaat und schreibt zur Strategie dieses Vorgangs in beeindruckender Offenheit: „Wenn ein Frosch in kochendes Wasser geworfen wird, springt er heraus. Wenn er in Wasser gekocht wird, bleibt er im Topf. Deutschland wird zur Zeit abgekocht.“

Das Hauptargument für den Sozialabbau ist, daß nur so der Wirtschaftsstandort Deutschland gesichert werden könne. Dieses Argument ist aber alles andere als neu. Im Blick auf die Geschichte der Arbeiterbewegung wird deutlich, daß die erreichte soziale Absicherung der Lohnabhängigen eine Errungenschaft ist, die das Kapital sich schon immer meinte nicht leisten zu kön-

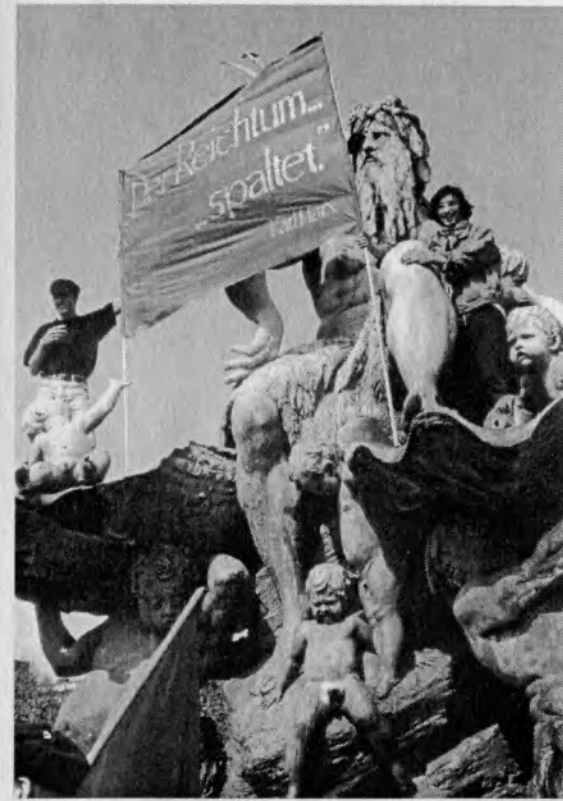
nen und gegen dieses durchgesetzt wurde. Das Ansinnen, diese nun wieder abzubauen, kann daher nicht überraschen. Es muß aber nicht ausschlaggebend sein in der Diskussion um die Verfaßtheit einer effizienten Volkswirtschaft, sondern die zu diskutierende Frage ist, welche Lebensbedingungen man im Kapitalismus für zumutbar hält. Genaugenommen spricht das Argument des gesicherten Wirtschaftsstandorts auch für die Einführung von Kinderarbeit, der 48-Stunden-Woche bei 7 Arbeitstagen und halbiertem Gehalt, denn das würde Sozialabgaben senken und den Standort Deutschland sichern. Das heißt: die Position der Arbeitenden gegenüber dem sie bedrängenden Kapital ist heute nicht anders als gestern und vorgestern. Dem systematischen Interesse an Profitmaximierung und Sozialabbau seitens des Kapitals kann seitens der Arbeit mit demselben Recht begegnet werden wie in der Vergangenheit und somit das eigene Interesse aufrechterhalten werden, erkämpfte soziale Existenzbedingungen für Lohnabhängige nicht wieder aufzugeben.

Von diesem Standpunkt ausgehend, daß es hinter die erreichten sozialen Standards in dieser Gesellschaft kein Zurück geben soll, muß dann gesagt werden: Wenn die Vertreter von Industrie und Wirtschaft meinen, sich die Wohlfahrt derjenigen, die den gesellschaftlichen Reichtum herstellen, nicht mehr leisten zu können, wie sie es tagtäglich kundtun, dann ist dies ihr Eingeständnis eines ökonomischen Strukturproblems unserer Volkswirtschaft. Daraus folgt ein politischer Arbeitsauftrag zum Umbau des Kapitals statt zum Abbau der sozialen Sicherungssysteme.

Im übrigen läßt sich leicht aufzeigen, daß der durch Sozialabbau erreichte Standortvorteil nur so lange gilt, wie andere Länder noch nicht gleichgezogen haben. Sozialabbau bedeutet eine abwärtsgehende Konkurrenzspirale der Nationalstaaten auf

Kosten der Arbeitnehmer, die höchstens kurzfristig, niemals aber dauerhaft Standortvorteile hervorbringt. Der Standortvorteil in Deutschland wird also durch den Sozialabbau in England kompensiert und der Vorteil ist auf niedrigerem Sozialniveau dahin. Es kann also nicht mal die Rede davon sein, daß Standortpolitik eine dauerhaft gewinnversprechende volkswirtschaftliche Grundlage hervorbrächte.

Im weiteren wird in der öffentlichen Debatte angeführt, daß die Lohnabhängigen einen „Freizeitpark“ erstreben und bezüglich ihrer Lohn- und Gehaltsansprüche zu habgierig seien. Das Gegenteil ist aber der Fall. Die Realität einer Umverteilung von unten nach oben, die faktisch in den letzten Jahren stattgefunden hat, läßt sich beim konzentrierten Blick in den Wirtschaftsteil der Tagespresse belegen. Hier wird deutlich, daß die Lohnabhängigen sich ihren Anteil am erwirtschafteten Gewinn in der Tat beharrlich haben senken lassen. So sank der Beitrag der Unternehmen zum staatlichen Steueraufkommen kontinuierlich und diese Lücke wurde durch steigende Lohnsteuern gefüllt. Konkret: In den letzten vier Jahren haben sich die Steuerzahlungen der Unternehmen um fast 12 Prozent verringert, während sich die der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer um 37 Prozent erhöhten. Der Anteil der Lohnabhängigen am Volkseinkommen (die Lohnquote) sank in den letzten 15 Jahren von rund 87 Prozent auf 78 Prozent. Statistisch sieht es so aus: Das Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen wuchs um 8,8 %, während das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit nur um 3,08 Prozent anstieg. Das bedeutete für die abhängig Beschäftigten einen realen Kaufkraftverlust und ein Geschenk an die Kapitaleseite. Nebenbei sorgte die entsprechend gestaltete Steuergesetzgebung dafür, daß es den Beziehern höherer Einkommen möglich wurde, geringere



durchschnittliche Steuersätze zu erreichen als den Beziehern niedriger Einkommen. Angesichts dieser Zahlen kann gesagt werden: Klassenkämpferische Besitzstandserweiterung betreibt in diesem Land die Kapitaleseite!

Im weiteren wird argumentiert, die Leere der öffentlichen Kassen, mithin die Notwendigkeit von Sozialabbau, werde sich ändern, wenn die Unternehmen wieder Gewinne verbuchten, entsprechende Steuern zahlten und Arbeitsplätze schaffen würden. Dazu einige weitere Zahlen: Im selben Zeitraum, in dem die Firma Siemens 2 Milliarden DM an Gewinn verbuchte, entließ sie 7000 der bei ihr Beschäftigten. RWE und Veba konnten 1995 ihre Gewin-

ne um zweistellige Prozentraten steigern. Die bundesdeutschen Chemiekonzerne meldeten für 1995 Rekordgewinne. Sie verdoppelten ihren Jahresgewinn. Dabei entstand die Situation, daß der Arbeitsminister die Arbeitslosenhilfe um jährliche 3,4 Milliarden Mark zu kürzen beabsichtigte, und damit bis auf die Stelle hinter dem Komma um exakt die Summe, die allein der Chemiekonzern Hoechst für die ersten drei Quartale 1995 als Gewinn ausweisen konnte. Die Bayerischen Motorenwerke haben durch Gewinnverschiebungen ins steuergünstige Ausland zwischen 1988 und 1992 ihre Steuerzahlungen an deutsche Finanzämter von 545 auf 31 Millionen DM reduziert.

Wohlwissend, daß insbesondere Teile des Mittelstandes andere Wirtschaftsdaten vorzeigen, können diese Zahlen, angesichts leerer öffentlicher Kassen, doch einen wichtigen Gesichtspunkt kennzeichnen. Sie weisen darauf

hin, daß das Hauptproblem des Sozialstaates darin besteht, daß die privatwirtschaftlichen Gewinne sich dank internationalisierter Kapitalmärkte und Rationalisierungen immer stärker seinem Zugriff entziehen und keine Arbeitsplätze mehr schaffen.

Im Resultat sind die „Kassen“ selbst bei hohen Profitraten der Unternehmen leer, da der Staat immer weniger Geld zur sozialen Umverteilung einnimmt und gleichzeitig immer mehr „freigesetzte“ Menschen genau diese Unterstützung benötigen. Im SPD-Umfeld hieß die strategische Antwort auf diese Situation sehr lange: Sozialismus in einer Klasse. Es wurde akzeptiert, daß das Kapital sich dem staatlichen Zugriff zwecks Umverteilung zunehmend entzie-

hen kann und muß. Als Lösung wurde so- dann gefordert, daß die notwendige Um- verteilung innerhalb der Klasse der Lohn- abhängigen stattfinden müsse, was sich insbesondere in Tarifverhandlungen aus- drücken sollte: Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich, Anhebung der unteren Ein- kommen durch Verzicht der höheren Ein- kommen etc. Doch inzwischen wächst auch bei den ersten Standortpolitikern die Kritik an einer Politik, die nichts an den ökonomischen Rahmenbedingungen än- dern will, die sie selbst entwickelt hat. An- gesichts weltweit agierender Unternehmen mit wachsenden Gewinnen bei steigender Arbeitslosigkeit, so erzürnte sich Hamburgs Bürgermeister Voscherau im Januar dieses Jahres, sei Manchester-Liberalismus das falsche politische Rezept. Wir seien eine wegguckende Staatlichkeit in Europa, denn mit Kapitaltransfers würden Billionen rund um den Globus versteckt. Die Wertschöp- fung müsse aber den Menschen zugute kommen. Daher, so seine Forderung, seien die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft härter zu definieren. Der Staat drohe im globalisierten Kapitalismus abzusterben, da er zunehmend wirtschaftspolitisch einfluß- loser werde. Es sei fraglich, ob die Markt- wirtschaft wirklich über die Kommando- wirtschaft des Ostens gesiegt habe, oder ob nur der Gegner weg sei.

Aber noch etwas Grundsätzliches will bedacht sein in dieser Debatte, in der die Bevölkerung zu einer Verteidigungsge- meinschaft des deutschen Standortes zu- sammengeschmiedet werden soll. Die Si- cherung des Standortes Deutschland be- deutet inhaltlich, daß die BRD ihre Kräfte mobilisiert, um sich auf internationalen Märkten durchzusetzen- auf Kosten derje- nigen, gegen die sich durchgesetzt wird! Der zukünftig billiger arbeitende deutsche Arbeiter konkurriert mit noch billigeren Ar- beitern der dritten Welt in der Hoffnung, dessen Stückkosten weiterhin oder erstma-

lig unterbieten zu können. Konkret: damit die Produktion nicht abwandert zu der sich für einen Hungerlohn anbietenden brasilia- nischen oder polnischen Arbeiterin (bzw. damit sie von dort zurückgeholt werden kann), wird in Wolfsburg und Stuttgart u.a. Lohnverzicht geübt. Der Standortsieg hier ist die Standortniederlage dort. Der Her- ausgeber der Monatszeitschrift „Konkret“ drückte es in einer seiner letzten Kolumnen folgendermaßen zugespitzt aus: „Bisher starb jede Minute ein Kind auf der Welt an sozialer Unterversorgung aufgrund der Be- dingungen des Weltmarktes. Erfolgreiche deutsche Standortpolitik läuft darauf hin- aus, daß es demnächst zwei Kinder pro Mi- nute sind!“

Ohne die Einzelschicksale bei Unter- nehmenspleiten aus den Augen zu verlie- ren stünde es Linken in dieser Situation gut an grundsätzlich festzustellen, daß ein Ar-beitsplatz in Wolfsburg nicht besser ist als einer in Warschau oder Sao Paulo und ein Standortkampf um diesen zwar verständ- lich, aber nicht als eine in irgendeiner Wei- se fortschrittliche Politik bezeichnet werden kann, wie es uns auch Gerhard Schröder weismachen will.

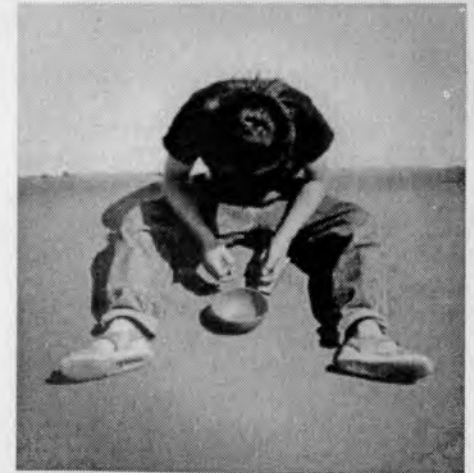
Die so gestalteten kapitalistischen Strukturbedingungen des Wirtschaftens sind es, die zum Gegenstand von Reform- politik werden müssen, wenn sie denn fort- schrittlich sein will. Denn diese Bedingun- gen sind es, die aus Lohnabhängigen erbit- terte Konkurrenten im Kampf um den Käu- fer ihrer Arbeitskraft machen. Sie machen es möglich, daß Wohl und Wehe von Men- schen in verschiedenen Weltregionen zu- nehmend weniger politisch gestaltet und demokratisch legitimiert werden, sondern von strategischen Entscheidungen in Kon- zernetagen und zufälligen Schwankungen auf Devisenmärkten abhängen. Reformpo- litik muß es daher um die Repolitisierung der Bedingungen unseres sozialen Lebens gehen, um die Regulierung und Lenkung

von Kapitalströmen und Produktion. Eine solche Regulierungspolitik ist zwar alles an- dere als modern. Aber sie ist nicht so ab- weggig, wie uns Joschka Fischer in seinen neuesten sozialpolitischen Äußerungen glauben machen will, wenn er schreibt, na- tionale Wirtschaftsräume verlören endgül- tig (!) ihr makroökonomisches Steuerungs- potential. Denn diese Position hat die Ak- zeptanz der politisch ins Werk gesetzten entpolitisierten Ökonomie zur Vorausset- zung und stellt deren Grundfesten nicht mehr in Frage. Außerdem gibt es längst „die Debatte über eine industriepolitische Lenkung. Es wird über industriepolitische Allianzen von Unternehmen und Staaten gesprochen, um den Konkurrenzkampf ge- gen Japan und die USA zu gewinnen. Es existiert also ein ordnungspolitisches Um- denken auf höchster Ebene, allerdings un- ter dem Vorzeichen kapitalistischer Konkur- renz. Daraus kann die Linke lernen: nicht auf die unsichtbare Hand der Finanzmärkte starren, sondern lenken“, so der ehemalige Juso-Vorsitzende Westphal, der seiner Par- tei zu Recht vorwirft, solche Instrumente in der Praxis und in der wissenschaftlichen Er- arbeitung zu vernachlässigen.

Aber auch eine Linke, die sich dem Ziel einer Repolitisierung und Demokratisierung der Wirtschaft verschreibt, hat die konser- vative Macht in diesem Land gegen sich, der es zur Zeit noch im öffentlichen Diskurs wie beschrieben gelingt, sich mit denselben Rezepten als Problemlöserin zu empfehlen, mit denen sie diese Probleme hervorbrach- te. Doch „so umfassend die Offensive der Standortapologeten, der Deregulierer und Umverteiler ist, so falsch wäre es, dagegen in eine bloße Verteidigungshaltung zu fal- len“. (J. Trittin) Es geht darum, so formu- liert es Joachim Hirsch in seinem neuesten Buch „Der nationale Wettbewerbsstaat“, „auf nationalstaatlicher Ebene soziale Kompromisse zu erkämpfen, die mit ande- ren Formen der Weltmarkteinbindung und

der internationalen Kooperation verbunden sind: eine neue Weltwirtschaftsordnung“. Dafür ist es nötig, „Bock und Gärtner“ un- terscheiden zu können und der herrschen- den Meinungsproduktion offensiv entge- gentzutreten, um den Diskurs der Umver- teilung nach oben zu wenden.

Was ist also zu tun? Mir scheint, auch wenn es wenig spektakulär klingt, folgen- des wesentlich: Um den Diskurs zu wenden ist es, in Adornos Worten, nötig, „weder von der Macht der anderen, noch von der eigenen Ohnmacht sich dumm machen zu lassen“ und Kritik zu üben. Kritik vermag es, das noch nicht sichtbare Andere als not- wendig deutlich werden zu lassen und sei- ner Sichtbarwerdung und Entwicklung Raum zu schaffen. Kurz: gegen das herr- schende „weiter so“ ist es nötig, klar zu denken und zu widersprechen!



Ich empfehle Interessierten die Lektüre des o.g. Bu- ches von Joachim Hirsch, Professor an der Frankfur- ter Universität, der hier die Bedingungen politischen Handelns im globalen Kapitalismus analysiert. „Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokra- tie und Politik im globalen Kapitalismus.“ Berlin 95.

Standortdroge – Nein Danke

Seit geraumer Zeit wird uns von den Standortpriestern der Bundesregierung, den Unternehmensverbänden und mittlerweile auch Gewerkschaftsvertretern gepredigt, für die Heilige Kirche Deutschland auf Lohn zu verzichten, schneller zu arbeiten und dabei noch vor Gesundheit zu strotzen. Wer nicht mit 25 Jahren schon arbeitslos ist, soll gefälligst bis 70 dem Altar der Gewinnmaximierung dienen. Untersucht man allerdings die konkreten Zahlen, stellt man fest, daß man die Standortdebatte in der Pfeife rauchen sollte.

Neben einigen anderen Argumenten ist das vermeintlich hohe Lohnniveau und die hohe steuerliche Belastung in der BRD eine schwere Bürde für die Wettbewerbsfähigkeit. In der Tat kaschiert das Standortgerede ein immenses Umverteilungsprojekt zu Gunsten von Industrie und Banken. Drei Punkte wollen wir näher beleuchten: Lohnniveau, steuerliche Belastung und die Verteilung gesellschaftlichen Reichtums.

Die Arbeitsproduktivität

Das absolute Lohnniveau gibt keine Auskunft über die tatsächlichen Kosten, es sagt nichts über die Produktivität aus. Für eine wirtschaftliche Berechnung sind die Lohnstückkosten maßgeblich. Lohnstückkosten drücken den Anteil des Lohnes (incl. aller Lohnnebenkosten) an den produzierten Werten (in Verkaufspreisen) einer Arbeitsstunde aus. Die Lohnstückkosten lagen seit dem Wiederaufbau der westdeutschen Industrie in den 1960er Jahren über dem europäischen Durchschnitt, was bisher auch niemanden gestört hat.

Wir dokumentieren hauptsächlich Zahlen für Westdeutschland. Zum einen hat Ostdeutschland durch die Vereinigung eine spezielle Entwicklung genommen und zum anderen sind vielfach Zahlen nicht differenziert erhältlich. Das Statistische Bundesamt und die Landesämter stellen mit der Begründung von Personalmangel immer weniger Zahlen zu Verfügung. Vergleicht man

die BRD mit den weltweit wichtigsten Konkurrenten, stiegen die Lohnstückkosten hier im Zeitraum von 1973 bis 1994 um 94%, bei den Konkurrenten um 270%. Dieses liegt hauptsächlich an der massiv gestiegenen Produktivität in Deutschland, d.h. bei nur mäßig steigenden Löhnen werden immer mehr Werte je Arbeitsstunde geschaffen. Trotzdem wird behauptet, das absolute Niveau sei immer noch zu hoch. Demnach müßten die deutschen Kapitalisten gegenüber den südostasiatischen und den osteuropäischen ins Hintertreffen geraten. Dies ist nicht der Fall. Der Außenhandel mit diesen Regionen ist einerseits ausgeglichen und stieg andererseits im Vergleich zur restlichen Welt überproportional.

Die Wirtschaftsabteilung der IG Metall belegt, daß es gesamtwirtschaftlich keinen nennenswerten „Arbeitsplatzexport“ in sogenannte „Billiglohnländer“ gibt. Die IG Metall untersucht dies an Hand von Direktinvestitionen deutscher Unternehmer im Ausland. Mit Direktinvestitionen sind die Gründung oder Erweiterung von Unternehmen oder der Kauf von Betrieben oder maßgeblichen Kapitalanteilen (mehr als 10%) im Ausland gemeint. Dieses im Unterschied zum Kauf von Wertpapieren.

Der größte Anteil dieser Investitionen entfällt auf hochentwickelte Industrieländer (EU und USA). 1994 waren es 76%, für die metallverarbeitende Industrie sogar 83%. Im 1. Halbjahr 1995 stieg der Anteil für die gesamte Wirtschaft sogar auf 91%. Die

Industrielländer, in denen investiert wird, verzeichnen selber wiederum einen größeren Abfluß als Zufluß an Direktinvestitionen. Spanien und Portugal bilden hier eine Ausnahme, deren Saldo aber nicht von entscheidender Bedeutung ist. Trotz aller Standortprobleme sanken von 1990 bis 1994 deutsche Direktinvestitionen im Ausland sogar von 33,69 Mrd. auf 23,81 Mrd. DM. Insgesamt wurden 1994 in Westdeutschland 564,1 Mrd. DM investiert. Also nur etwa 4% flossen ins Ausland. Für die Metallindustrie waren es etwas mehr, etwa 1/6 aller Investitionen (Hier fallen allerdings einzelne Projekte wie das BMW-Werk in den USA besonders ins Gewicht).

Nun ein paar Worte zur Arbeitsproduktivität. Nur Frankreich, Belgien, die USA und die Niederlande erzeugen ein höheres Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Arbeitsstunde als Westdeutschland. Japan liegt gesamtwirtschaftlich bei 71% des BIP je Arbeitsstunde der BRD. Nur die USA und die Schweiz haben ein höheres BIP je Einwohner als Westdeutschland (Index: BRD = 100, USA = 113, Japan = 98). Diese Zahl ist sehr interessant. Bei einer niedrigeren Arbeitslosenquote in Japan (2,2%) und längerer Jahresarbeitszeit (BRD = 1563 Stunden, Japan = 1876 h) ist klar, welcher Arbeitsetze und Verdichtung der Arbeit wir ausgesetzt sind.

Es ist also klar, daß Arbeitsproduktivität die absoluten Löhne einer Volkswirtschaft relativiert, sich also auf die Lohnstückkosten auswirkt. Das bedeu-



tet, daß jedes Land die Güter exportiert, die es im internationalen Vergleich billig, oder am billigsten, produzieren kann, unabhängig vom absoluten Lohnniveau. Für uns heißt das aber, daß es weder in unserem, noch in dem Interesse südkoreanischer Textilarbeiterinnen sein kann, gegeneinander um die niedrigsten Löhne zu konkurrieren.

Steuern

Der Blick auf die Steuern auf Gewinne und die Entwicklung der Lohn- und Gehaltssteuern läßt die Dimension der Umverteilung erahnen. 1980 lag die durchschnittliche Steuerbelastung von Unternehmensgewinnen bei 33,6%. Im Jahr 1994 waren es nur noch 18,3%. Im selben Zeitraum stieg die Lohnsteuer von 15,8 auf 18,8% (Im 1. Halbjahr 1995 19,9%). In Ostdeutschland lag die Lohnsteuer 1990 bei durchschnittlich 4,5%, im 1. Halbjahr 1995 waren es 13,2%.

Der Anteil der Steuern auf Gewinne (Einkommens-, Körperschafts- und Gewerbesteuern) am Gesamtsteueraufkommen der BRD ist von ca. 35% im Jahre 1960 auf ca. 17% 1992 gefallen. Der Anteil, den die abhängig Beschäftigten gesellschaftlich aufbringen, stieg von ca. 12% auf inzwischen etwa 36%. Rechnet man dann noch die Mehrwertsteuern, Sondersteuern auf Benzin, Tabak, Alkohol usw. dazu, wird diese Republik zum größten Teil von uns bezahlt. Wofür eigentlich? Professor Rainer Roth (Frankfurt/Main) rechnet es vor: „Wenn der Anteil der Kapitalsteuer am Gesamtsteueraufkommen von 1980 bis 1994 nicht von 23,6 auf 11,3% gefallen wäre, hätte sich der Bund 65% der Neuverschuldungen sparen können“.

Arme und Reiche

Die konservative Wende 1982 brachte in der Folge Reallohnsenkungen, höhere

Steuern und Sozialabgaben bei gleichzeitigem Sozialabbau. In dieser Zeit haben Unternehmer und Selbständige enorm zugelegt. Von 1980 bis 1992 hat sich die Anzahl der SozialhilfeempfängerInnen mehr als verdoppelt (Index 1980=100, 1992=238). Gleichzeitig hat sich die Anzahl der Haushalte mit einem verfügbaren monatlichen Haushaltseinkommen von 10.000 DM und mehr fast verfünffacht (1980=100, 1992=471). Das obere Drittel der privaten Haushalte verfügt über 58,2% des gesamten verfügbaren Haushaltseinkommens, das untere Drittel dagegen nur über 15,7% (1992). 1993 hatten alle privaten Haushalte in Westdeutschland ein durchschnittliches monatliches Einkommen von 4.917 DM. Setzt man diesen Durchschnitt gleich 100, verfügten Arbeiterhaushalte über 79,8% des durchschnittlichen gesellschaftlichen monatlichen Haushaltseinkommens, SozialhilfeempfängerInnen 46,2% und Selbständige 242%! Blieb dieser Index bei Arbeiterhaushalten stabil, lag der der Selbständigen 1982 noch bei 180,6 Punkten. SozialhilfeempfängerInnen verfügen also nur über etwa 57% des Einkommens von Arbeiterhaushalten. Soweit zum Lohnabstandsgebot und den armen Zahnärzten.

Folglich gibt es auch beim Privatbesitz an Grund und Boden und dem Geldvermögen enorme Unterschiede. Die reichsten 20% der Grundbesitzer besitzen über 40% des Eigentums an Grund und Boden und Immobilienwerten. Inzwischen besitzen auch viele Arbeiterhaushalte ein eigenes Haus. Allerdings sind die durchschnittlichen Immobilienwerte von Selbständigen fast doppelt so hoch (598.000 DM gegenüber 306.000 DM).

Beim Geldvermögen geht die Schere noch weiter auseinander. Die letzten Zahlen hierzu sind allerdings nur von 1988 erhältlich. Hiernach besitzen 10% der privaten Haushalte 51,2% des gesamten privaten Geldvermögens, während die Hälfte

der Bevölkerung (50%!) über nur 1,3% verfügten. In absoluten Zahlen ausgedrückt hieße das, daß jeder Bundesbürger durchschnittlich ein Geldvermögen von 125.000 DM besitzt. Soweit die Statistik, dem Artikelschreiber dürften daran zumindest etwa 120.000 fehlen.

Im Krisenjahr 1993 machten die Unternehmen in Westdeutschland einen Gewinn von 180 Mrd. DM nach Steuern. Dieses



war eine Zunahme von 5% gegenüber dem Vorjahr. Von 1980 bis eben 1993 stiegen die Nettounternehmensgewinne in Westdeutschland von 51,32 Mrd. auf genannte 180 Mrd. DM. Die Gewinne liegen heute also etwa 3½ mal so hoch wie 1980, während die Einkommen von Arbeiterinnen und Arbeitern nur knapp 1½ mal mehr geworden sind. Diese Nettounternehmensgewinne stammen allerdings nur aus produktiver Tätigkeit. Nimmt man die Gewinne aus Vermögen (hier sind aber auch die aus Arbeiterhaushalten mit drin) hinzu, wurden 1993 in Westdeutschland 639,45 Mrd. DM erwirtschaftet, in Gesamtdeutschland waren es 744,77 Mrd. Interessant ist, daß die unversteuerten Gewinne im Vergleich zum Vorjahr um 10,8% zunahmen, aber eine

Nettozunahme um 15,1% stattfand (von wegen hohe Steuern). Es gibt also noch jede Menge umzuverteilen. Und zwar nicht nur Arbeit, sondern Reichtum.

Nebelmaschinenpolitik

Wir haben versucht aufzuzeigen, daß die Standortdebatte, in der Form wie sie geführt wird, eine ideologische Nebelmaschine ist. Die angeblich hohen Löhne sind eine Mä, Verlagerung von Produktionsstätten ein Druckmittel und der „Freizeitpark Deutschland“ wird zwar von uns finanziert, aber der Eintritt bleibt verwehrt. Der Standort Deutschland hat keine besonderen Nachteile. Der wirkliche Nachteil ist die private Aneignung von Gewinn und die Konkurrenz der Unternehmer. Das Streben nach immer mehr Profit stößt an nahezu allen Standorten an

Grenzen. Dieselben Argumente, mit denen wir hier konfrontiert werden, begegnen auch unseren Kolleginnen und Kollegen in Lissabon oder Seoul. Die Produktion von Waren wirft nicht mehr genügend Profit ab. Die Unternehmen investieren ihre Gewinne vielfach nicht mehr in neue Produktion, sondern verschieben sie auf die internationalen Finanzmärkte. So hat Siemens 1995 an den Finanzmärkten 3 Mrd. Gewinn erspekuliert (bei einem Vermögen von 24 Mrd. DM). Das ist mehr, als sie in der gesamten Produktion erwirtschafteten. An dieser Stelle erklärt sich der Druck, dem wir in den Betrieben ausgesetzt sind. Mitte der 1960er Jahre betrug die Umsatzrendite (Anteil des Gewinns am gesamten Umsatz) der deutschen Industrie noch 3,5%, jetzt

sind es nur noch 1,5%. Diesen Fall der Umsatzrendite, oder auch Profitrate, versuchen die Unternehmner nun an uns weiterzugeben.

So lautet die Devise der Standortpápste denn: Wir quetschen euch noch mehr aus, um das Kapital dann an die Finanzmärkte zu tragen. Wir sagen: Umverteilen ja, aber in die andere Richtung! Außerdem empfehlen wir einigen unserer Gewerkschaftskollegen, die Zahlen, die ihre eigenen wirtschaftswissenschaftlichen Institute ermitteln, noch mal zusammen zu zählen.

Wir entnehmen den von der CuS-Reaktion leicht gekürzten Text der Nr.16 des „Rundbrief antifaschistischer/antirassistischer GewerkschafterInnen“, herausgegeben von der DGB-Jugend Berlin-Brandenburg. Dieser sehr empfehlenswerte Rundbrief ist zu beziehen über das DGB-Jugendzentrum Brunnenstr.125, 13355 Berlin.

Quellen: Mitteilungen des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung 10/1995: Soziale Polarisierung bei Einkommen und Vermögen; Studie der IG Metall, dokumentiert in Frankfurter Rundschau 19. 1. 1996; Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung 38/95: Hat Westdeutschland ein Standortproblem?; Blätter für deutsche und internationale Politik 1/96, Ernst-Ulrich Huster: Reich, Schön, Gut; Aus Politik und Zeitgeschichte 12. 1. 96, Jürgen Espenhorst: Zeit der Wohlstandswende?; Wochenzeitung Schweiz 51/51 1995: Finanzprobleme? Geld ist doch genug da!; Junge Welt 14. 2. 1996 und 24./25. 2. 1996; TAZ 22. 2. 1996; Hannoversche Allgemeine Zeitung 28. 2. 1996

Die Geschichte ereignet sich sozusagen zweimal – einmal als Tragödie und einmal als Farce

(Karl Marx)

„Eine gemeine Verhöhnung der Arbeitslosen. In Nummer 19 der <Arbeitgeberzeitung> befindet sich folgendes Gedicht, das augenblicklich höchst aktuell geworden ist.

Stempellied

*Leben ist jetzt ein Vergnügen
Hier auf dieser schönen Welt;
Ist der Ausweis uns gestempelt,
Dann erhält man auch sein Geld.
Warum soll man da noch schuften,
Wenn das Nichtstun wird bezahlt?*

*Mögen Dumme schwitzen, pusten,
Ob es warm ist oder kalt.
Darum liebe Stempelbrüder,
Macht euch keine Sorgen mehr!
Pflicht des Staates ist's, zu sorgen
Für den Stempelpensionär.*

Ein Hohn auf das Massenelend der Arbeitslosigkeit. Das Märchen vom <Stempelbruder>, der keine anderen Sorgen als das Stempeln kennt, und der Arbeit meilenweit aus dem Wege geht, wird hier wieder einmal aufgewärmt – während 2 1/4 Millionen in Deutschland nicht wissen, wie sie sich und ihre Familie über Wasser halten sollen!!“

Diesen Beitrag entnehmen wir der BRSD-Wochenzeitung „Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes“ vom 2.März 1930. Da soll noch jemand sagen, das deutsche Kapital hätte kein Geschichtsbewußtsein!

Dieter Kelp

Das Ende der Sonntagsreden

Gewerkschaften, Kirchen und Wohlfahrtsverbände versuchen auf ihrem Sozialgipfel, die allgemeine Resignation aufzubrechen.

Auf dem Höhepunkt der bald neun Jahre zurückliegenden Auseinandersetzungen um Rheinhausens Krupp-Stahlwerk hatten die widerstehenden Kruppianer den Slogan gefunden: „Rheinhausen ist überall“. Was der Mitarbeiterschaft des Weltkonzerns widerfahren konnte, ließ keiner Belegschaft Hoffnung, mit Sicherheit nicht auch betroffenen zu werden. So hatten es auch Hunderttausende empfunden, die im kalten Dezember 1987 überall im Ruhrgebiet auf Straßen, Brücken und Plätze gegangen waren, aus Sorge um Arbeit und Zukunft – ein Vorgang, der in der Düsseldorfer Regierung vom damals zuständigen Minister Friedhelm Farthmann mit Erschrecken registriert worden war: „Es war eine vor-revolutionäre Situation“, sagte er später.

Zum Glück aller Arbeitsverwalter im Land, kamen solche Anfechtungen nur noch selten: Bischofferode, eine kleine Belegschaft im neuen Osten Deutschlands gegen große Westkonzerne wie BASF, und eine hilflose Landesregierung mit den ersten Beispielen lauer Versprechungen für das westfrohe Ostvolk.

Inzwischen sind die Menschen Schlimmeres gewohnt, und Besserung ist nicht in Sicht. Lothar Späth rechnete jüngst die Zahl der Arbeitsplatzverluste unter Einsatz aller arbeitssparenden Technologien in Deutschland auf weitere neun Millionen. Da hilft nur noch Totstellen, und das geschieht gründlich.

Verschlechterung des Arbeitslosengel-des, Befristung der Arbeitslosenhilfe, Karenztage und Kurverluste im Krankheitsfall, Aufweichung des Kündigungsschutzes, Hinaufsetzen der Lebensalterszeit, Aufkündigungsandrohung der Flächentarife, Absicht der Rentenbesteuerung – erhebt sich der Arbeiter? Stehen alle Räder still? Es herrscht Ruhe im Land. Totstellen, vielleicht Glück haben.

Der 1.Mai – in dramatischer Nähe zu den sogenannten Sparbeschlüssen der Regierung und von ihr mit Sorge erwartet – verläuft müde: Kundgebung vor halb leeren Sälen, Pfiffe für die eigenen Redner, wie in Berlin. Die große Arbeiterpartei kündigt an, wie so oft: den Gegenentwurf, das faire Modell zugunsten von Arbeit und Zukunft. Hatte sie nicht Zeit, es zu erarbeiten? Hätte sie nicht mit einem machtvollen Manifest für soziale Gerechtigkeit und eine solidarische Republik die zynischen Aushebungen des Sozialstaats durch die Regierenden kontern können? Endlich die Dienste der Willfähigkeit aufgeben und zu jener Opposition werden, die sie versprochen hatte, zu sein? Ruhe im Land. Totstellen.

Und die Gewerkschaften? Verzweifelt über das Fehlen sozialer Leidenschaft in der Politik mit weitreichenden gestalterischen Vorschlägen für die Sicherung, Vermehrung von Arbeit nach vorne geprescht, einige Male zu Runden an den Tisch von Kanzler

und Arbeitgebern gebeten (ohne Beteiligung linker Politik versteht sich) schließlich, wie die Gewerkschaften selbst sagen, mißbraucht und ausgenutzt, neuerdings mit Messungen über die Tragfähigkeit von Bündnissen mit Kirchen und Sozialverbänden beschäftigt – die Gewerkschaften sind die spannendste Unbekannte im Poker um die schöne, neue frühkapitalistische Gesellschaft. Sie haben mit sinkender Akzeptanz zu kämpfen, wie alle Gruppen im Staat, die sich Werten des gestalteten Miteinanders verschrieben haben. Sie haben schwerfällige Strukturen und eine Mitarbeiterschaft voller Verunsicherung. Aber sie sind sich bewußt, letztes Bollwerk vor dem Einsturz des Sozialstaats zu sein und wollen die Zukunft nicht der Nähe von Geld und Verwaltung überlassen.

Vielleicht gibt es ja noch einmal eine Chance zur Wende des Bewußtseins in Deutschland. Das viel diskutierte „Kirchenwort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“ hat am Ende des Konsultationsprozesses – allerdings vor Abschluß der Arbeit daran – einen neuen Zwischentitel erhalten: „Aufbruch in eine solidarische Zukunft“.

Die Bewältigung von Zukunftsaufgaben aller Art hängt mehr denn je davon ab, inwieweit das Miteinander von Gruppen und Schichten in der Bevölkerung wieder gewonnen werden kann, die in den vergangenen Jahren fast planvoll auseinandergetrieben und entsolidarisiert worden sind. In den evangelischen Kirchen ist neuerdings eine Tendenz zu beobachten, die durch die armenfeindliche Haltung der Regierung verstärkt, zumindest deklamatorisch Parteilichkeit zugunsten der Armen ankündigt: „Mit unserer Duldung, unserem Stillhalten, unserer zuweilen abgefeimten Ausgewogenheit angesichts einer eskalierenden sozialen Spannungslage, ist nicht mehr zu rechnen. Wir suchen die öffentliche, vernehmliche Auseinandersetzung, wo immer



sie sich bietet“, so der Rheinische Präses im Januar 1996 vor seiner Synode. Vielleicht werden die Kirchen ihre Sonntagsreden beenden und in praktische Kooperationen mit den Gewerkschaften eintreten.

Gelegenheit dazu bot deren Einladung zum „Sozialgipfel des DGB“ am 7. und 8. Mai 1996 in Köln, wo mit Parteien, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, wie an einem Runden Tisch alle am Gemeinwesen verantwortlich Beteiligten versuchen wollten, das Ende des Sozialstaates abzuwenden und damit das vorläufige Ende sozialer Demokratie im Land. Eine „Sozialcharta“ als Sockel der Erörterung eines neuen Gesellschaftsvertrags sollte dazu helfen. Vielleicht ein Wunder und nicht nur Papier, Resolutionen, Absichtserklärungen? Vielleicht ein Neugewinn an Nähe, Teilsamkeit und Solidarität? Ansonsten ist Totstellen bald nicht mehr nötig, und Rheinhausen ist nirgendwo.

Oliver Wildener

Projekt links-ökologische Reformpolitik ade? SPD quo vadis?

Am 24.3.96 war Wahltag für die Länderparlamente von Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein. Sieger, was die Stimmenzuwächse, aber auch die politische Stimmung in diesem unserem Lande angeht, war die Bonner Regierungskoalition aus CDU (-CSU) und die von vielen schon tot-prognostizierte FDP. Daß auch Bündnis 90/ Die Grünen zulegten und daß die SPD in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein weiter als stärkste Fraktionen in der Regierungsverantwortung stehen, geriet in den Resümées der bürgerlichen Medien bisweilen in den Hintergrund. Diese neo-konservative politische Stimmungslage ist sicherlich in gewisser Weise logisch, seit der marktwirtschaftliche Kapitalismus mit dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus (scheinbar) konkurrenzlos geworden ist. Unverständlich ist jedoch, warum die SPD, die Partei der kleinen Leute, ArbeiterInnen und Angestellten, der Infragestellung des Sozialstaates (für den sie seit 120 Jahren gekämpft hat) nicht offensiv reformpolitisch entgegentritt; einer Infragestellung, die aus der ungebremsen Verabsolutierung des Profitstrebens nun hervorbricht. Dies könnte sie tun, indem sie innovationsfreudige Bündnisse mit dem von der politischen Programmatik her artverwandten Bündnis 90/ Die Grünen eingeht (in den Wahlprogrammen beider Parteien für Schleswig-Holstein fragt mensch sich bisweilen, wer von wem abgeschrieben hat). Stattdessen verschärft sie diese Infragestellung mit der kritiklosen Übernahme des Standortarguments und grenzt sich z.T. scharf von den Grünen ab. Auch wenn in Kiel nun eine Koalition von SPD und Grünen angestrebt wird, kann man spätestens seit den letzten Landtagswahlen von einer Krise rotgrüner Reformhoffnungen sprechen.

„Kritik am Kapitalismus... muß wieder Teil der Diskussion in der SPD und der SPD mit der Gesellschaft werden.“

Ein Gespräch mit Alfred Schulz

Zur Krise links-ökologischer Reformpolitik, der Orientierungslosigkeit der SPD und ihrer Haß-Liebe zu den Grünen insbesondere in Schleswig-Holstein veröffentlichen wir im folgenden ein Interview, das Oliver Wildener mit Alfred Schulz führte.

Alfred Schulz, Jahrgang 1928, lebt in Reinbek bei Hamburg. Er war Mitglied der „War Resisters International“ und des SDS und ist seit 1951 Mitglied der SPD. Er war

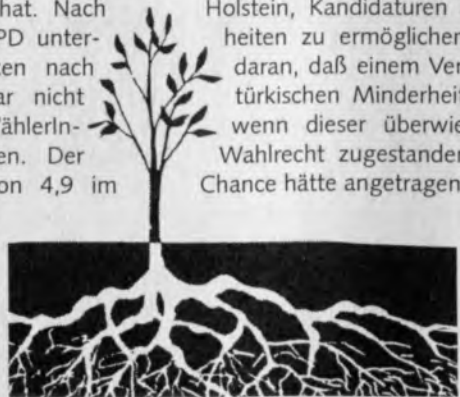
lange Jahre Stadtverordneter und Kreisvorsitzender, von 1971 bis 1992 Landtagsabgeordneter und 4 Jahre Mitglied des Landesvorstandes seiner Partei. Er ist Mitinitiator des oppositionellen „Lübecker Kreises“ in der SPD und seit 1976 Leiter des Gesprächskreises „Kirche und SPD“ in Schleswig-Holstein.

Frage: Die SPD hat in den acht Jahren ihrer Regentschaft in Schleswig-Holstein

neuen Schwung gebracht, sich als ökonomisch und ökologisch kompetent erwiesen. Die Wirtschaftsdaten sind in vielen Bereichen besser als zu CDU-Zeiten, und dennoch verliert sie 6,4% der Stimmen. Was sind die Ursachen?

Alfred Schulz: Dafür gibt es verschiedene Ursachen. Fangen wir mit der einfachsten an:

a.) Ein Stück „Normalität“ im (partei-) politischen Kräfteverhältnis in Schleswig-Holstein ist wiederhergestellt worden. Die CDU hat in einigen ihrer früheren Hochburgen wieder die Nase vorn, insgesamt 33,8 % im Jahre 1992, diesmal 37,2 %. Man kann in konservativen Kreisen wieder eher CDU wählen, dazu hat sicher auch beigetragen, daß der Parlamentarische Untersuchungsausschuß ungerechtfertigterweise dem früheren Ministerpräsidenten Barschel einen Quasi-Persilschein ausgestellt hat. Allerdings liegt die Stimmenzahl der CDU noch immer um mehr als 10% unter den Ergebnissen der 70er Jahre und des von 1983. Selbst das Ergebnis von 1987 war um mehr als 5 Prozentpunkte besser. Umso erschreckender ist, daß der kontinuierliche Anstieg der Stimmenanteile für die SPD von 1971 bis 1988, nach dem ersten Abstieg 1992, nun mit dem Anteil von nur noch 39,8% den schlechtesten Stand seit 1967 erreicht hat. Nach fast 30 Jahren liegt die SPD unterhalb aller früheren Marken nach 1967. Es ist ihr offenbar nicht gelungen, gewonnene WählerInnenstimmen zu verfestigen. Der Anstieg der „Grünen“ von 4,9 im Jahre 1992 auf jetzt 8,1% ermöglicht zusammen mit der SPD noch eine respektable parlamentarische Mehrheit, aber ein rot-grünes Bündnis hat auch nur noch einen



Stimmenanteil von 47,9 % statt der 51,1 % im Jahre 1992.

b.) Die SPD hat herbe Verluste bei den Jungwählern hinnehmen müssen, mit 9,3% liegen sie weit höher als die Verluste im Gesamtwählerspektrum; die Stimmen aus dem Jungwählerbereich verteilen sich fast zu je einem Drittel auf SPD, Grüne und CDU. Ebenso bedenklich ist das Weglaufen der Frauen bis zu 45 Jahren von der SPD. Hier muß die Partei innerparteilich energisch umsteuern: Es gibt doch zu denken, wenn das jüngste Mitglied der neuen SPD-Landtagsfraktion ein Enddreißiger ist und wenn bei der Aufstellung der Landesliste die beschlossene Frauenquote nicht eingehalten werden konnte, weil zu wenige Frauen bei den DirektkandidatInnen zum Zuge kamen. Auch politisch gilt es, einiges zu verändern, das allerdings vor allem auch in der Politik der SPD auf Bundesebene: Wer in der Ökologie verschwommen bleibt, nicht eindeutig Farbe bekennt, wer in manchen Fällen nicht Politik für, sondern gegen Flüchtlinge betreibt, muß sich nicht wundern, wenn junge WählerInnen aus dem progressiven Lager den Grünen ihre Stimme geben.

c.) Nicht so sehr eine Ursache des diesmaligen Wahldebakels, sondern bedenklich im Blick auf die Zukunft: Es gab so gut wie keine Bemühung der SPD in Schleswig-Holstein, Kandidaturen aus den Minderheiten zu ermöglichen. Ich denke z.B. daran, daß einem Vertreter der starken türkischen Minderheit im Lande, auch wenn dieser überwiegend noch kein Wahlrecht zugestanden ist, eine solche Chance hätte angetan werden sollen.

d.) Die Ministerpräsidentin hatte nach den Umfragen einen haushohen Vorsprung von dem Mitbewerber um

dieses Amt, entsprechend war der Zugschnitt des SPD-Wahlkampfes: Heide weit vor allen anderen. Das Wahlergebnis für die SPD blieb mit einem Verlust von 6,4% weit hinter solchen Erwartungen zurück. Das Fazit für mich: Die Partei sollte (auch) gewählt werden, es war keine Präsidentinwahl.

e.) Bei kirchengebundenen WählerInnen (in Schleswig-Holstein überwiegend evangelischen) hatte die SPD in den 70er Jahren und 80er Jahren insgesamt ein relativ hohes Ansehen. Vor allem in der Sozialpolitik, in der Ökologie, in der Entwicklungspolitik gab es viel Übereinstimmung. Insbesondere der Asyl-Umfall der SPD hat viele der mehr progressiven WählerInnen bewogen, sich von der SPD ab- und den Grünen zuzuwenden.

Frage: Die Wahlprogramme von SPD und Bündnis 90/Die Grünen in Schleswig-Holstein wirken in der Benennung der relevanten Themen vielfach wie voneinander abgeschrieben. Dennoch suggeriert Ministerpräsidentin Heide Simonis im Vergleich der Bündnisgrünen mit einem Frosch oder einer Kröte, die trotz Kuß nicht zu einem Prinz würden, daß sie sich vor dem eigentlichen Verbündeten ekelt. Zürnt hier eine Mutter, die SPD, über ihre erwachsenen und damit eigenständig gewordenen Kinder, Bündnis 90/Die Grünen, oder sind die ökologisch-basisdemokratischen Elemente des SPD-Parteiprogramms nur auswechselbare Dekoration?

Weitere Frage: Gegründet als Interessenvertretung der ArbeiterInnen und sozial Benachteiligten hatte die SPD lange Zeit ein eindeutiges Profil und ein klares Klientel. Zu dieser gesellte sich in der Aufbruchphase der 60er und 70er Jahre unter Willi Brandt dann vor allem die revoltierende Jugend. Heute verliert die SPD vor allem bei den JungwählerInnen, und als Schutzmacht der ArbeiterInnen und sozial Benachteiligten

verstehen diese sie schon länger nicht mehr. Warum?

Alfred Schulz: Das Verhältnis zwischen SPD und Grünen hat sicherlich einiges mit psychischen, emotionalen Befindlichkeiten zu tun. Besserwisserie gibt es auf beiden Seiten. Die einen meinen, sie betrieben schon länger ökologische Politik, vor allem hätten sie die größere Erfahrung, auch mehr Realitätsbewußtsein; die anderen pflegen die Attitüde, sie wären die reinen Ökologen, wüßten besser, wo's richtig langgeht. Das Bewußtsein in beiden Lagern, nur eine rot-grüne Reformkoalition biete die Chance für eine sozial und ökologisch verträgliche Zukunft in diesem Land, muß noch wachsen. Das Schwanken der SPD zwischen einer Wirtschaftspolitik alten Stils (Sicherung sogenannter industrieller Standortvorteile, letztlich ohne damit der eigenen Klientel die Garantie für eine Sicherung der Arbeitsplätze geben zu können) und einer (programmatisch vorgegebenen) Politik für einen ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft müßten aufgegeben werden, damit für Wählerin und Wähler deutlich wird, daß die SPD etwas anderes will als die konservativ-liberale Bundesregierung. Was not tut, ist eine andere Politikvermittlung. Es reicht nicht, den Nachweis zu erbringen, daß Sozis (auch oder sogar besser als die Konservativen) mit Geld umgehen können und auch mit Wirtschaftsbossen gut können. Es sollte – wie kurz nach der Wahl in Schleswig-Holstein geschehen – undenkbar sein, auch nur den Eindruck zu erwecken, es wäre für die SPD vorstellbar, in einer Koalition mit der Egoistenpartei der „Besserverdienenden“ Reformpolitik zu betreiben. Die Vision einer zukunftsfähigen Gesellschaft – umweltverträglich und sozial gerecht – in einem breiten Dialog zu entwickeln, das muß die SPD – auch in Schleswig-Holstein – anknüpfend an ihre Zeit mit Jochen Steffen! – erst wieder lernen. Politisch konkret

umzusetzen geht es aktuell nur mit „Rot-Grün“. „Rot-Grün“ hat noch nicht verloren, es muß erst einmal gewagt und auch gewollt werden!

Frage: Wer politisch etwas verändern will, bedarf der Macht. Bedarf die SPD, um an diese bundespolitisch zu gelangen, einer schärferen linken, d.h. sozialistischen und damit systemverändernden Profilierung, oder ist der Weg, für den Gerhard Schröder als radikalster Vertreter steht, nämlich mit allen Mitteln den Standort Deutschland zu sichern, ohne das siegreiche System des Kapitalismus infrage zu stellen, der einzig mögliche?

Alfred Schulz: Es ist die alte Behauptung: Wir müssen erst einmal an die Macht gelangen, bevor wir etwas verändern können; also müssen wir vorsichtig sein mit dem, was wir vor der Wahl äußern. (Wohlfeile Versprechungen, was alles besser wird für die lieben WählerInnen, sind davon ausgenommen.) Ist die Macht erreicht, dann fallen die wohlfeilen Versprechungen häufig ebenso den finanziellen u.a. „Sachzwängen“ zum Opfer wie die vorher nicht so laut verkündeten programmatischen Grundsätze. Das Mißvergnügen an solchen Verhaltensweisen ist immer wieder ablesbar an der in Nichtwähler-Zahlen gegossenen Unlust an der Politik. Die Anpassung der SPD an den Kapitalismus, höflicher ausgedrückt: an die Marktwirtschaft, ist schon ein historisches Phänomen; der zunehmende Verlust der sozialen Komponente in der Marktwirtschaft muß die SPD zur Rückbesinnung zumindest auf die auch noch im (jetzt gültigen) Berliner Grundsatzprogramm enthaltenen Aussagen veranlassen. So heißt es dort ganz grundsätzlich: „Freiheit, Gerech-

tigkeit und Solidarität sind die Grundwerte des Demokratischen Sozialismus.“ Und die Europäische Union müsse Wirtschaftsdemokratie verwirklichen, um ökonomischer Machtzusammenballung entgegenzutreten; aktive Beschäftigungspolitik betreiben und regionale Ungleichgewichte abbauen; der Sozialpolitik den gleichen Rang geben wie der Wirtschaftspolitik; ökologische Erneuerungen durch Steuern, Abgaben und strenge, verbindliche Normen zum Schutz der Umwelt fördern...“ Eine noch stärkere Anpassung an eine sogenannte „moderne Wirtschaftspolitik“ wird die SPD noch weniger unterscheidbar von der CDU machen. Kritik am Kapitalismus, der zunehmend Menschen in die Arbeitslosigkeit treibt, die Verelendung des größeren Teils der Erde verursacht, muß wieder Teil der Diskussion in der SPD und der SPD mit der Gesellschaft werden. Investitionen in sinnvolle Bereiche (Umweltschutz, Energie, Solartechnik) zu lenken, eine ökologische Steuerreform anzupacken – das muß eine von der ganzen SPD geschlossen getragene Politik werden!



Linksunten in Kirche und Umgebung

Die Serie in CuS

In der nächsten Ausgabe von CuS beginnen wir mit einer Serie. Wir wollen darin linkschristlichen Basisgruppen die Möglichkeit bieten, sich durch die Beantwortung von einigen Fragen selbst vorzustellen, also über ihre Arbeit und ihr Selbstverständnis zu berichten. Das heißt, wir würden gerne jene linken Christinnen und Christen zu Wort kommen lassen, die sich vor Ort, in welcher Form auch immer, organisiert haben, um z.B. Flüchtlings-, 3. Welt-, Anti-AKW-, Solidaritäts- oder Theoriearbeit zu leisten, die darum bemüht sind, in Kirche, Parteien oder Verbänden eine Gegenöffentlichkeit zu schaffen, oder die als Basisgemeinschaften einen anderen Lebensstil entwickeln, kurz: jene Christinnen und Christen, die in dieser Gesellschaft widerständig geblieben oder geworden sind.

Mehreren uns bekannten Gruppen haben wir die Fragen bereits zugesandt. Diese Vorankündigung soll aber auch eine Aufforderung an bisher von uns nicht angesprochene Gruppen sein, sich an dieser Serie zu beteiligen. Der im folgenden abgedruckte Auszug aus unserem bereits mehrfach verschickten Brief möge daher weiteren Gruppen als Aufforderung dienen, sich an dieser Serie zu beteiligen. Eine Information an die Redaktion genügt, und wir schicken unsere Fragen nebst vollständigem Brief gerne zu.

Verehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde!

Die Zeitschrift CuS veröffentlicht eine Interviewserie mit Basisgruppen, die sich selbst im weitesten Sinne als linkschristlich verstehen. Unsere Idee ist es dabei, daß durch die Veröffentlichung ihrer Aktivitäten, Projekte, Theorien und Probleme der Informationsfluß zwischen jenen gefördert werden soll, deren Selbstverständnis und Motivation vermutlich ähnlich, deren Kenntnis voneinander dagegen sehr gering ist. Kenntnis voneinander ist die Grundlage für Austausch, Kooperation und Inspiration. Diese ist wünschenswert in einer Zeit, in der linkes Engagement viel Widerspruch erfährt und entsprechend viel Kraft, klarer Gesinnung, Ausdauer und Solidarität bedarf.

Ziel ist es, darauf aufmerksam zu machen, daß es immer noch eine verbreitete christliche Praxis gibt, die wider allen Zeitgeist „widerständig“ geblieben (oder geworden) ist und oppositionell an verschiedensten Orten in dieser Gesellschaft agiert. Sie zu Wort kommen zu lassen, soll den Leserinnen und Lesern in erster Linie Mut machen durch die Erkenntnis, nicht „allein“ zu sein im alltäglichen Bemühen um gesellschaftliche Veränderungen, an welchen Stellen auch immer dieses Bemühen zum Ausdruck kommt. Im weiteren soll es aber auch ein Angebot sein, mit den Gruppen in Kontakt zu treten, wo dies gewünscht wird oder sich sogar in den vorgestellten Gruppen zu organisieren.

Wir würden uns freuen, wenn auch Ihr Euch als Gruppe an dieser Serie durch die Beantwortung der Fragen beteiligt.

Dabei ist es uns wichtig festzustellen, daß die Interviewfragen Angebote sind. Es wäre schön, aber ist nicht nötig, sie alle zu beantworten! Ihr könnt auch am Ende etwas schreiben, was in keiner „Antwort“ Platz hatte. Die Fragen sollen in erster Linie ein Leitfaden sein, mit dessen Hilfe sich eine Gruppe vorstellen und über ihre Erfahrungen berichten kann.

„Sozialismus: Ziel und/oder Utopie“

Jahrestagung 1996 des BRSD in Bad Hersfeld

„Wenn sich ein Fabrikarbeiter und ein mittelständischer Unternehmer, ein Theologiestudent und eine Pfarrerin, eine Schulleiterin aus Österreich und ein Lateinamerikareferent aus Kolumbien, ein Gärtner und ein katholischer Hochschuldozent, ein Diakon und ein evangelischer Hochschulprofessor, ein Sozialdemokrat, ein Grüner, ein Kommunist und weitere Menschen treffen, um gemeinsam zu überlegen, was die jüdisch-christliche Tradition dazu beiträgt, um Widerstand gegen Neoliberalismus und den Tanz um das goldene Kalb zu leisten – Was ist das? (Antwort: Eine Jahrestagung des BRSD)“

Ursprünglich bereits für den Herbst 1995 geplant und dann aufgrund der Absage beider Referenten verschoben, fand die Jahrestagung vom 29. – 31. März in der evangelischen Jugendbildungsstätte Frauenberg in Bad Hersfeld statt. Da dieser

*Die Utopie steht am Horizont.
Ich nähere mich zwei Schritte,
und sie entfernt sich zwei Schritte.
Ich mache zehn weitere Schritte,
und sie entfernt sich erneut um zehn Schritte.*

*Soviel ich auch gehe, ich werde
sie nie erreichen.
Wofür ist sie aber gut,
die Utopie?
Dafür dient sie!
Um zu gehen!*

(Fernando Birri)

Termin recht kurzfristig zustande kam, war die Liste derjenigen, die der Tagung lediglich schriftliche Grüße übermitteln konnten, größer als sonst. Zu erwähnen sind Finners aus Bielefeld und unser langjähriger Redakteur Reinhard Gaede aus Herford, die zum Zeitpunkt unserer Tagung eine Studienfahrt in Israel unternahmen; Oliver Vogelsmeier war Delegierter der Berliner Juso-Landeskonferenz; die Dortmunder waren durch die Osterzeit in ihren Gemeinden unabhkömmlich usw. Ein Bundesgenosse schrieb uns einen Brief, der exemplarisch die Perspektiven junger TheologInnen in den meisten evangelischen Landeskirchen illustriert. (Diesen Brief haben wir im Kasten auf Seite 26 dokumentiert.)

Für den scheidenden Vorstand, der aufgrund der Tagungsverschiebung 3 1/2 Jahre amtiert hatte, erstattete der Bundessprecher Ulrich Peter den Rechenschaftsbericht. Hieraus einige Auszüge:

„1989 fand die Jahrestagung und die Wahl eines kompletten Vorstandes in der Mittagspause einer Akademietagung in Bad Boll statt, heute nehmen wir uns dafür ein Wochenende Zeit. Das Jahr 1989 war für uns eine doppelte Zäsur: Zum einen endete die Ära des „Real-Existierenden Sozialismus“ und führte auch im Westen zu einer qualitativen Verschlechterung der Rahmenbedingungen für die Arbeit linker Gruppen. Dies haben wir sehr früh erkannt und den Bund auf eine langfristige Arbeit orientiert.

Von 1987 bis heute hat sich der Bund zu über 50% personell erneuert. Unsere alten Mitglieder sind fast alle verstorben, zu

nennen sind hier u.a. Heinrich Albertz, Aurel von Jüchen und August Rathmann. Ausgetreten sind insbesondere diejenigen, die in den 70er Jahren während der Hochkonjunktur linker Positionen auch in den Kirchen zum Bund stießen und jetzt im Gefolge des Zeitgeistes und aufgrund von Resignation gehen. Zu uns stößt demgegenüber eine neue Generation und eine doch beachtliche Zahl derjenigen, die sich bisher außerhalb ihrer lokalen Projektgruppe nicht organisieren wollten, dies jetzt aber bewußt tun, um sich in eine sozialistische Struktur zu integrieren, die sie tragen und von der sie getragen werden. ... Unsere



V.l.n.r.: Udo Fleige, Siegfried Katterle, Kuno Füssel, Ulrich Peter

Zahl ist kleiner geworden und auch die Substanz ist schwächer als noch vor einigen Jahren, aber es scheint, als hätten wir die Jahre der Wende (bisher?) besser überstanden, als die anderen links-christlichen Organisationen. Dies gilt auch für unsere Zeitschrift CuS. Der Bestand von CuS ist gesichert, während etwa die „CFS-Korrespondenz“ und „Kirche aktuell“ nicht mehr existieren und der „Dritte Weg“ der ICL ohne die überwiegende Förderung von Stiftungen etc. auch nicht mehr erscheinen könnte. Zu keiner Phase der BRSD-Geschichte haben wir so massiv Werbung für CuS gemacht, wie in den letzten Jahren.

Am Resultat dieser Werbung lassen sich die Veränderungen unserer Rahmenbedingungen sehr gut zeigen. Wir haben bei 279 Neu-Abos, die fast ausschließlich von Einzelpersonen kamen, und der Kündigung von 255 Abos (mit einem hohen Anteil von Institutionen wie Kirchen, Gewerkschaften etc.) gerademal ein Plus von 24 Abos. Immerhin: Damit sind wir in der Lage, weiter zu erscheinen!

Finanziell stehen wir mittlerweile, dank der Zahlungsmoral unserer Mitglieder und der Spendenfreudigkeit von Mitgliedern und SympathisantenInnen, abgesichert da. Aber CuS trägt sich immer noch nicht und jede weitere Portierhöhung erhöht das Defizit.

Unser Umfeld ist uns flächen-deckend weggebrochen, so hat sich etwa „Kirche in der Verantwortung“ in Berlin aufgelöst, weil niemand mehr bereit war, in den Vorstand zu ge-

hen. Aus anderen Landeskirchen und der katholischen Kirche wird ähnliches berichtet. Wir haben das Ende der Durststrecke noch nicht erreicht.

Bei den Katholikentagen wie auch bei den evangelischen Kirchentagen waren wir mit Ständen und Veranstaltungen präsent, was sich auch in Neuaufnahmen und Neuabos auswirkte. In der Initiative Katholikentag von unten (IKVU) vertrat uns Christine Wollborn mit nicht erlahmender Zuverlässigkeit. Ihr sei gerade an dieser Stelle herzlich gedankt. Die Bereitschaft unserer Bundesmitglieder, sich bei Kirchen- und Katholikentagen zu engagieren, war erfreulich hoch und zeigt uns, daß unsere Basis da ist,

auch wenn wir von vielen sonst nicht viel hören. Beim Hamburger Kirchentag kam es erfreulicherweise zu einer, wenn auch bescheidenen Kooperation mit CFS und ICL, ein zartes Pflänzchen, aus dem mehr werden kann.

Wir bekommen auf CuS und unsere Arbeit ein überwiegend gutes Echo und wissen, daß wir viele SympatisantInnen haben, die allerdings aufgrund der stark geschrumpften Zahl der Aktiven in ihren jeweiligen Arbeitsbereichen zu viel zu tun haben, als daß sie noch praktisch beim Bund einsteigen könnten.

Unsere Initiative von vor 3 Jahren, mit Cfs eine gemeinsame Organisation linker ChristInnen anzustreben, ist von Cfs abgelehnt worden. Auch mit der ICL stagniert der Prozeß, da die Entwicklung innerhalb der ICL in eine andere Richtung ging.

Wir haben uns darauf eingerichtet, daß wir auch weiterhin als kleine Gruppe weiterexistieren müssen. Wir wollen Überlebenskerne sichern und die Kontinuität einer Ideengemeinschaft religiöser Sozialistinnen und Sozialisten für die nächste Generation kritischer Geister. Diesem Ziel dient auch die Erarbeitung neuer „Vorläufiger Leitsätze“ in den letzten 2 Jahren, die dieser Tagung zur Beschlußfassung vorliegen. Unsere Zielrichtung ist die Kirche und der Hegemoniegewinn für linke Positionen unsere Aufgabe. Hier haben wir etwas beizutragen. ... Wir überlassen unseren NachfolgerInnen geordnete Finanzen, einen kleinen, aber feinen Bund und geben das Versprechen, daß wir uns anders verhalten werden, als die meisten früheren Vorstandsmitglieder. Wir werden weiterhin mitarbeiten, weil es wichtig ist und Spaß macht, aber der neue Vorstand muß sich selbst finden können, ohne daß der alte dahinein reigiert.“

Die Versammlung entlastete die amtierenden Vorstandsmitglieder und sprach den nichtwiederkandidierenden Udo Fleige,

Reinhard Gaede und Ulrich Peter den Dank für die geleistete Arbeit aus.

Der Sonabend war als Seminartag konzipiert. Prof. Siegfried Katterle, seit 1977 Vorstandsmitglied des BRSD und an der Linkswende des Bundes maßgeblich beteiligt, eröffnete die Tagung mit seinem Referat „Sozialismus und Utopie“, das in diesem Heft in gekürzter und von der Redaktion bearbeiteter Form abgedruckt wird.

Kuno Füssel legte in seinem Referat den Akzent auf die Analyse der Informationsgesellschaft und der von SozialistInnen

„Leider kann ich an unserer Jahrestagung und Mitgliederversammlung nicht teilnehmen ... Gerne hätte ich Euch wiedergesehen! Nachdem ich vor gut einem Jahr mein erstes theologisches Examen ... abgelegt ... habe ... war ich in den darauf folgenden Monaten arbeitslos und mußte mich zunächst daran gewöhnen, daß ich dank der desolaten, ja geradezu destruktiven Stellenplanung der ... Landeskirche – wie auch die allermeisten anderen meines Examensjahrganges – werde kein Vikariat machen können. (Übrigens haben ebenso die derzeitigen Vikare/-innen hier kaum eine Chance auf eine Anstellung.) Inzwischen plane ich, mich, nach der (hoffentlich recht bald erfolgenden) Diplomierung meines Abschlusses mittelfristig in Richtung auf Sozial- und/oder Organisationsmanagement zu qualifizieren. Bis auf weiteres jedoch arbeite ich in der Brauerei ... in der Expedition, und zwar als Bierfahrer (womit ich wenigstens im geistlichen Fach geblieben bin). Ich wünsche Euch ein schönes wie fruchtbares Wochenende!“

zu leistenden Medienkritik. Die Linke brauche eine neue Utopie, die sich an der sozialen Gerechtigkeit orientiert. Wichtig sei für uns heute die Wiederaneignung von Lektüre, vor allem der Bibel als unserer Grundlage, und damit verbunden der Rückerob-



lung von Tradition im Sinne der jüdisch-christlichen Tradition, gerade in Bezug auf ihre sozialen Bezüge. Die Neudefinition von Wirklichkeit bedeute für uns auch die (Wieder-) Entdeckung der hebräischen Bibel als Grundlage einer neuen, gerechteren Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Gott sei nicht definierbar ohne eine gerechte Welt. Die Rückgewinnung von Deutungskompetenz sei derzeit unsere Hauptaufgabe.

Die Diskussion verlief sehr produktiv und solidarisch. Sie im einzelnen darzustellen, ist hier nicht der Ort. Einige Auszüge sollen genügen.

„Das von Siegfried Katterle vorgestellte Konzept scheint mir das klassische links-sozialdemokratische zu sein, das sich als das einer gemischten Wirtschaft mit staatlich gesetzten Rahmenbedingungen beschreiben läßt. Ich wäre froh, wenn dies heute Grundlage staatlichen Handels wäre.“

„Läßt sich der Weg zum Sozialismus wirklich so gradualistisch-allmählich in klei-

nen Schritten vollziehen, oder lassen dann die Kapitalgruppen eine linke Regierung nicht durch Kapitalflucht etc. am ausgestreckten Arm verhungern, oder sie putzen wie im Chile Salvador Allendes.“

„Ist das Beispiel Schwedens, wo das berühmte schwedische Sozialstaats-Modell im Schnellverfahren abgeschafft wurde, nicht ein Beleg für das Scheitern der sozialdemokratischen Alternative zum Staatssozialismus östlicher Prägung?“

„Wenn ihr von der Möglichkeit einer Grundsicherung ausgeht, seid ihr eurozentrisch. In meiner Heimat ist die Realität eine andere.“

„Für die Thesen, die ich heute hier vertrete, wäre ich noch vor einigen Jahren als Erz-Revisionist entlarvt worden.“



„Vollbeschäftigung ist nicht im Interesse des Kapitals. Die Entqualifizierung der Mehrheit der Beschäftigten in der Informationsgesellschaft wird zunehmen.“

„Die Entlassungen in den Betrieben und Verwaltungen vollzieht sich mittlerweile unabhängig vom Unternehmensertrag. Gerade boomende Sektoren mit gutem Ertrag wie Banken, Versicherungen und Chemiekonzerne wie Hoechst und Bayer entlassen massiv.“

Aus Diskussionsbeiträgen in Bad Hersfeld:

„Wenn jemand in einer Talkshow sagen würde, daß er katholisch ist, dann brächen doch alle in Gelächter aus; und wenn jemand sagen würde, daß er Sozialist ist, dann würde sich doch jeder kurz an den Kopf fassen“.

„Die Kirche ist nicht mehr zu reformieren.“

„Wenn die Kirche sich in Richtung Bedeutungslosigkeit entwickelt, dann ist das kein Grund zur Besorgnis, sondern zur Hoffnung.“

„In fast allen Städten sind die Gemeinden keine, sie heißen nur so.“

„Der Todeskampf der Kirchen ist ein langgezogener“.

Am Sonnabend feierte die Jahrestagung traditionell einen ökumenischen Gottesdienst, und abends blieb noch genug Zeit zum Austausch. Am Sonntag wurden die vorläufigen Leitsätze beschlossen. Vor der Neuwahl des Vorstandes wurde ein Antrag aus Berlin angenommen, die Funktion des leitenden Redakteurs aus der Satzung zu streichen und somit den Vorstand von vier auf drei Personen zu verkleinern. In der anschließenden Wahl wurde Wolfgang Lünenbürger aus Hamburg zum neuen Bundessprecher gewählt. Wolfgang, Theologe und Journalist, ist mit 26 Jahren der jüngste Bundessprecher in der 70jährigen BRSD-Geschichte. Zur Bundessekretärin wurde Martina Ludwig, seit langen Jahren im Bund, promovierte Theologin und in der Erwachsenenbildung in Thüringen tätig, gewählt. Der neue Bundeskassierer ist der seit einem Jahr kommissarisch tätige: Florian Hars aus Hamburg,

Diplom-Physiker und Doktorand. Als Kas- senprüfer wurde Thomas Bassler, Stuttgart wiedergewählt. In die neue Redaktion wurden Christa Peter, Berlin; Udo Fleige, Tü- bingen; Jürgen Gorenflo, Karlsruhe; Mat- thias Nauerth, Ellerbek/Schleswig-Holstein und Ulrich Peter, Berlin gewählt. In der Re- daktion wird die Redaktionsgeschäfts- führung jährlich wechseln, im ersten Jahr hat dies Christa Peter übernommen.

Die bisher von Christine Wollborn wahrgenommene Vertretung des Bundes bei der IKVU wird Ulrich Peter überneh- men.

Zum Abschluß der Tagung berichtete uns Asta Pusch von unserer österreichi- schen Schwesterorganisation aus der dortigen Arbeit und von ihrem Besuch bei der neugegründeten australischen Gruppe des Internationalen religiös-sozialistischen Bun- des. (Ihr Bericht ist in diesem Heft auf den Seiten 43/44 abgedruckt.)

Die Tagung wurde von allen als äußerst produktiv und mutmachend beurteilt. Be- vor wir uns vom 21. – 23. März 1997 in Bad Hersfeld zur nächsten Jahrestagung wiedertreffen, ist bereits der nächste evan- gelische Kirchentag vom 18. – 22. Juni 1997 vorzubereiten. MitarbeiterInnen mel- den sich bitte bei Martina Ludwig.

Herr, gib uns deinen Frieden



Text: Wolfgang Poeplau. Musik: Ludger Edelkötter.
Aus: LP „Herr, gib uns deinen Frieden“.
Lechte im Impulse-Musikverlag, Drensteinfurt.

Siegfried Katterle

SOZIALISMUS

Dieser Beitrag wurde an einigen Stellen von der Redaktion gekürzt und durchgän- gig wurden Fremdwörter eingedeutscht, wo dies möglich war. Für daraus entste- hende Veränderungen ist die Redaktion verantwortlich, und nicht der Autor.

I. Merkmale und Erscheinungsformen

Das Wort Sozialismus bezeichnet kei- nen einheitlich verwendeten Begriff, der für die Beschreibung und Erklärung der mit ihm bezeichneten, sehr verschiedenartigen Ideen, theoretischen Lehren und histori- schen Erscheinungsformen brauchbar wäre. Deshalb wird Sozialismus oft in Verbindung mit Adjektiven gebraucht, die das hauptsächliche Merkmal des Gemeinten hervorheben und gegen andere Sozialis- mus-Konzeptionen abgrenzen sollen (z.B. utopisch, wissenschaftlich, ethisch, religiös, revolutionär, reformistisch, demokratisch (freiheitlich), kollektivistisch, genossen- schaftlich, anarchistisch, syndikalistisch, etatistisch, wohlfahrtsstaatlich).

1. Die Entwicklung grundlegender Ideen im Frühsozialismus

Das Wort (zurückgehend auf lat. socia- lis = gesellig, genossenschaftlich verbun- den) wurde zuerst in den 20er und 30er Jahren des 19. Jh. auf die Lehren und die Anhänger der „Frühsozialisten“ Claude- Henri de Saint-Simon und Charles Fourier in Frankreich und Robert Owen in England angewendet. Später wurde die Bezeich-

nung auf historisch frühere Ideenkomplexe und Sozialbewegungen, die als verwandt empfunden wurden, übertragen (z.B. auf die religiös-sozialen Bewegungen im Zu- sammenhang der englischen Revolution, die Täuferbewegungen der Reformations- zeit, die mittelalterlichen Armutsbewegun- gen und ihre gemeinschaftlichen Lebens- formen, den biblischen Glauben an das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit).

So bedeutsam die bewußte Prüfung und Aneignung des Erbes historisch älterer Sozialideen und Sozialbewegungen durch moderne Sozialisten und soziale Bewegun- gen für deren Identitätsfindung und Selbst- vergewisserung ist, so steht doch der mo- derne Sozialismus wie der Liberalismus in engem Zusammenhang mit der Auf- klärung, den bürgerlichen Revolutionen und der industriellen Revolution. Er beglei- tet in Gesellschaftskritik, alternativen Leit- bild-Entwürfen und darin eingeschlossenen Reformkonzepten die „Große Transforma- tion“ (Polanyi) von einer traditionellen, vorindustriellen Gesellschaft zum moder- nen Industriekapitalismus. Wie der Libera- lismus wird auch der Sozialismus zu einer von gesellschaftlichen Gruppen und Partei- en getragenen Bewegung und zu einem politischen Macht- und Gestaltungsfaktor.

Ausgangspunkt sozialistischer Kritik und Alternativentwürfe ist dabei immer der Widerspruch von humanitärer Aufklärungs- idee und sozialer Wirklichkeit. Mit der Idee einer freien und humanen Gesellschaft, ge- stiftet durch tätiges Zusammenwirken und gegenseitiges Wohlwollen der Bürger, hatte die Aufklärung ein Leitbild möglicher ge- sellschaftlicher Gesittung entworfen, das

über die entstehende kapitalistische Kultur hinauswies. Es wurde alsbald von der sozialistischen Kritik gegen ein sich selbst privilegierendes Bürgertum gewendet, das die individuellen Freiheitsrechte (insbesondere die Unverletzlichkeit und Heiligkeit des Privateigentums – „droit inviolable et sacré“, wie die Deklaration der Menschenrechte 1789 formulierte –, Gewerbefreiheit und Vertragsfreiheit) als Schutz- und Entfaltungsraum für den Marktmenschen (homo oeconomicus) institutionalisierte.

Sozialismus ist mithin gekennzeichnet durch die Gegnerschaft zum nur auf Eigennutz ausgerichteten Individualismus (als dem Menschenbild des Marktmenschen) und zum Kapitalismus, die nur den Wettbewerbsmarkt und die marktkonditionierten, allein über Preissignale interagierenden, rational-eigennützig handelnden Individuen kennen. Gegenüber diesem (verkürzten) Menschen- und Gesellschaftsbild, das auch im mainstream der klassischen und neoklassischen Ökonomie herrschend geworden ist, gehen die Sozialismen unterschiedlicher Prägung von einem immer schon gegebenen sozialen Zusammenhang der Menschen und deshalb von einem Menschenbild sozialisatorischer Persönlichkeitsbildung aus. Die Person ist nicht Individuum, sondern Mitmensch und demgemäß mehrdimensional motiviert. Insbesondere wird neben dem Motiv eigennütziger Vorteilssuche die Fähigkeit und Bereitschaft des Menschen gesehen, an der Situation anderer (Gruppen von) Menschen Anteil zu nehmen und Mitgefühl für deren Empfindungen und billige Bedürfnisse zu entwickeln. Ein solches Mitempfinden – als psychisch gegebene Fähigkeit und sozialpädagogisch bildbare Bereitschaft – ist die Bedingung der Möglichkeit von Gegenseitigkeit, Solidarität und Gemeinsinn in differenzierten Gesellschaften. Auch sind Fähigkeit und Bereitschaft zu Nächstenliebe und Gemeinsinn nicht nach dem Modell knap-

per Vorräte begrenzt; vielmehr handelt es sich um Hilfsquellen, deren Vorrat eher anwachsen als abnehmen wird, wenn sie genutzt und geübt werden, während sie sich zurückbilden und unbrauchbar werden, wenn sie nicht genutzt werden.

Demgemäß betonen sozialistische Autoren neben den Prinzipien Arbeitsteilung und Konkurrenz die Möglichkeit und die Erwünschtheit von Arbeitsvereinigung und Kooperation als Prinzipien menschwürdiger Organisation der gesellschaftlichen Arbeit. Diese Prinzipien können sowohl für die Organisation der Arbeit in den Einzelbetrieben, wie für die Beziehungen zwischen Unternehmen, zwischen den Gruppen der industriellen Gesellschaft sowie zwischen Gruppen und Staat fruchtbar gemacht werden.

Menschen erscheinen fähig, der biblischen Maxime gegenseitigen Verhaltens nachzuleben: „Was ihr wollt, daß es euch die Leute tun sollen, das tut ihnen auch“. Der Evangelist läßt Jesus an dieser Stelle der Bergpredigt fortfahren: „Darin besteht das Gesetz und die Propheten“ (Matthäus 7, 12). Aus der Fähigkeit, die göttliche Weisung als sinnstiftend für die personale Identität und für eine gesittete Gesellschaft anzunehmen, folgt die Möglichkeit, durch vielgestaltige Institutionen gesellschaftlicher Selbstorganisation, korporatistischer (= körperschaftlicher, Red.) Selbstverwaltung und staatlicher Politik, also durch Reformbestrebungen „von unten“ und „von oben“ – den kapitalistischen Markt und die von ihm geprägte Kultur eigennütziger Interessenformulierung und -durchsetzung nach dem Leitbild einer gerechten und solidarischen Gesellschaft zu begrenzen und zu transformieren. Systemreformen durch den Einbau von institutionellen Elementen der Gegenseitigkeit und der Wiederverteilung können auch den Markt selbst verändern und das ökonomische Rollenverhalten „ehrbarer“ Marktakteure durch eine genu-

in moralische Bereitschaft zur Kooperation modifizieren.

Wir können deshalb als Sozialismus mit Karl Polanyi – ähnlich formulierte schon früher Emile Durkheim – die der westlichen Zivilisation aufgrund ihrer Freiheitstradition innewohnende Tendenz bezeichnen, „über den selbstregulierenden Markt hinauszugehen, indem man ihn bewußt einer demokratischen Gesellschaft unterordnet“. Es handelt sich um die Bestrebung, die kapitalistische Hegemonie des Marktes in der Gesellschaft und gegenüber dem Staat zu überwinden und den Markt als ein vielfach nützliches aber untergeordnetes Element einer freien Gesellschaft sozialverträglich einzubetten. Dies ist – wieder nach Polanyi – die Fortsetzung des Bemühens, „die Gesellschaft zu einer humanen Gemeinschaft der einzelnen zu gestalten“, das „in Westeuropa stets mit christlichen Traditionen (sc. verschiedener Kirchen und Sekten) verbunden war“. Bei diesem Bestreben ergaben und ergeben sich immer wieder Übergänge zu und Koalitionen mit einem humanitär motivierten sozialreformerischen Liberalismus (etwa in der Tradition John Stuart Mills oder Joh. Heinrich v. Thünens) und einem religiös-ethisch motivierten reformbereiten Konservatismus (etwa bei den sog. „Kathedersozialisten“ der jüngeren Historischen Schule der Nationalökonomie).

2. „Wissenschaftlicher“ Sozialismus

Im Gegensatz zu dieser bewußten oder impliziten Anknüpfung vieler Strömungen des Sozialismus an religiöse und ethische Traditionen wollten die Begründer des „wissenschaftlichen Sozialismus“, Karl Marx und Friedrich Engels, den Sozialismus (als Transformationsperiode) und Kommunismus (in dem die Geschichte endzeitlich-chiliasmatisch an ihr Ziel gelangt) aus der Annahme einer gesetzmäßigen Bewegung der Geschichte als notwendige Gesellschafts-

formationen ableiten: „Der Kommunismus ist für uns nicht ein Zustand, der hergestellt werden soll, ein Ideal wonach die Wirklichkeit sich zu richten habe. Wir nennen Kommunismus die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt. Die Bedingungen dieser Bewegung ergeben sich aus der jetzt bestehenden Voraussetzung.“ Dieser Anspruch des historischen Materialismus, ein Entwicklungsgesetz aufzuzeigen, dem die gesellschaftliche Entwicklung notwendig folgen müsse, ist wissenschaftstheoretisch nicht haltbar; damit ist auch das Kernstück des „wissenschaftlichen“ Sozialismus unbrauchbar.

Was Marx, den Stand des ökonomischen Denkens seiner Zeit hinter sich lassend, wissenschaftlich geleistet hat, ist

- seine Analyse der Konjunkturen und Krisen und des ungleichgewichtigen Wachstums im Kapitalismus, in der wir, nach dem Urteil Schumpeters, „praktisch alle Elemente finden, die je in einer ernsthaften Analyse der Konjunkturzyklen Eingang fanden, und im ganzen sehr wenig Irrtümer“;

- seine Analyse der mit der zyklischen Bewegung verbundenen Unternehmens- und Vermögenskonzentration, und damit der Weiterentwicklung des Systems vom Konkurrenz- zum Monopolkapitalismus;

- seine Analyse der Macht- und Herrschaftsbeziehungen auf nachfragedominierten „freien“ Arbeitsmärkten und in der kapitalistisch verfaßten Unternehmung, in der die Interessen profitabler Kapitalverwertung die Betätigungsbedingungen der Arbeit bestimmen und Eigentum an Produktivvermögen zu nicht legitimer und unkontrollierter Herrschaft über Menschen führt;

- seine Analyse einerseits der zivilisierenden Wirkungen des kapitalistischen Marktsystems, dessen Fortschrittlichkeit gegenüber älteren Gesellschaftsformationen er nachdrücklich unterstrichen hat; an-

dererseits der kulturellen Verarmung und entfremdenden Wirkung einer durch die Markthegemonie des Kapitalismus geprägten Gesellschaft, die die Menschen marktförmig prägt und erzieht und schließlich „kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übrig“ läßt, „als das nackte Interesse, als die gefühllose 'bare Zahlung'“;

– seine Ideologiekritik, insbesondere seine Kritik der den jeweils herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen angepaßten und eingegliederten, feudal oder bürgerlich geprägten Kirche und ihrer systemstabilisierenden Auslegung der Religion als „allgemeine Theorie dieser Welt, ihr enzyklopädisches Kompendium, ihr allgemeiner Trost- und Rechtfertigungsgrund“ und in dieser Funktion „das Opium des Volks“.

Marx war nie bloß scharfsinniger Analytiker, sondern immer auch Moralist und Revolutionär, der den unter dem normativen Prinzip der Menschenwürde gültigen kategorischen Imperativ verkündete, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“. Dieser mitempfundene Aufruf berührt sich mit Kants praktischem Imperativ: „Handle so, daß du die Menschheit, sowohl in deiner Person als in der Person eines jeden anderen, jederzeit zugleich als Zweck niemals bloß als Mittel brauchst“, und hat um die Wende zum 20. Jh. im neukantianischen Sozialismus und im Austromarxismus (Max Adler) zu einer fruchtbaren Begegnung von marxistischer Gesellschaftsanalyse und kantischer Ethik geführt.

3. Reformismus

Marx sah nicht voraus (und konnte im Rahmen seiner dogmatisierten Annahme einer dialektischen Entwicklung der Geschichte auch nicht formulieren)

– die Entwicklungsmöglichkeit der Demokratie (nach der Erämpfung des allge-

meinen und gleichen Wahlrechts) von einem die rational-eigennützige Interessenverfolgung einer besitzindividualistischen Bourgeoisie schützenden liberalen Rechtsstaat zu einer die personale Entfaltung der Bürger in allen Lebensbereichen fördernden partizipatorischen und wohlfahrtsstaatlichen Demokratie;

– die Reformmöglichkeiten des Kapitalismus auf der mikroökonomischen Ebene (d.h. die Ebene, auf der Einzelwirtschaftler wie Erzeuger und Verbraucher zusammenwirken, Red.) auf demokratischer Veränderungen der Betriebs- und Unternehmensverfassung, die Eigentümerrechte durch widdergelagerte Wirtschaftsbürgerrechte begrenzen; der mesoökonomischen (meso= in der Mitte zwischen, d.h. hier zwischen Mikro- und Makro-Ökonomie, Red.) Ebene einer Institutionalisierung des Klassenkonflikts durch Verbände Verhandlungen über die Betätigungsbedingungen der Arbeit; der makroökonomischen Ebene (die Ebene des Zusammenwirkens volkswirtschaftlicher Globalgrößen wie z.B. Produktion, Nachfrage und Investitionen, Red.) einer in korporatistischen Arrangements (konzertierten Aktionen) von Staat und Verbänden vereinbarten sozialorientierten interventionistischen Wirtschaftspolitik.

Gerade wegen der Reformfähigkeit des Kapitalismus und des bürgerlichen Staates erwies sich Marx's Prognose zunehmender Verelendung des Proletariats, sich verschärfender ökonomischer Krisen und des schließlichen Zusammenbruchs des Systems als falsch. Die Möglichkeiten der Vollendung der „politischen“ in der „sozialen“ und „wirtschaftlichen“ Demokratie sind heute durch theoretische Reflexion und historische Erfahrung belegt. Freilich wird ein derartiger Reformprozeß weder durch ein Entwicklungsgesetz gestützt, noch ist er unumkehrbar; er muß getragen werden vom Reformwillen einer aktiven Gesellschaft (i.S. Amitai Etzionis), von der

inneren Bindung an das Leitbild einer menschenwürdigen Gesellschaft und von der geduldigen Suche und dem kämpferischen Engagement für schrittweise realisierbare Reformen. Diese pragmatisch-reformistische Haltung stellt nicht ein prinzipienloses „Durchwursteln“ dar, sondern verwirklicht

eine sinnorientiert-auswählende Nonkonformität.

Auch nach dem Erscheinen des Kommunistischen Manifests (1848) war der Sozialismus nie marxistisch dominiert. In der 1864 gegründeten I. Internationale waren die konkurrierenden Hauptströmungen ne-

Abo und Geschenk-Abo »CuS«

Seit 1948 erscheint die Vierteljahrszeitschrift der deutschen Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten: »Christ und Sozialist/Christin und Sozialistin (CuS)«

Das Jahresabo kostet DM 20,- (Ausland DM 25,-) incl. Versand. Die tatsächlichen Kosten können durch ein »Förder-Abo« gedeckt werden, um das wir unsere LeserInnen mit eigenem Einkommen bitten. Der Preis für dieses Förder-Abo beträgt DM 30,-, DM 50,- oder mehr. Der Mitgliedsbeitrag im Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten beträgt zur Zeit DM 70,- pro Jahr; darin enthalten ist das Abo für »CuS« sowie der Mitglieder-Rundbrief. Beträge über DM 20,- sind steuerlich absetzbar.

Kopieren oder ausschneiden und einsenden an: BRSD, Pf. 25 21, 72015 Tübingen

☐ Ich möchte Mitglied werden im BRSD (Bezug von »CuS« inclusive!)

☐ Hiermit abonniere ich »CuS« ab Heft Nr.:

☐ zum Bezugspreis von DM 20,- (Ausland DM 25,-) im Jahr,

☐ zum Förderpreis von DM im Jahr.

Hiermit bestelle ich ein Geschenk-Abo von »CuS« ab Heft Nr.: bis

Heft Nr.: /bis auf Widerruf für

Name
und
Anschrift:

☐ zum Bezugspreis von DM 20,- (Ausland DM 25,-) im Jahr,

☐ zum Förderpreis von DM im Jahr

BestellerIn:

Datum: Unterschrift:

ben dem Marxismus zunächst der revolutionäre Anarchismus Michail Bakunins und der genossenschaftliche Sozialismus (Mutualismus) Pierre-Joseph Proudhons. Die britische Arbeiterbewegung erhielt ihre historisch durchgehende reformistische Prägung schon früh durch den christlichen Sozialismus (John Malcom Ludlow, Charles Kingsley u.a.), der auf die Möglichkeit der Umkehr der Menschen und ihres Gemeinwesens zu Wirtschafts- und Lebensformen einer besseren Gerechtigkeit setzte und damit eine in England verbreitete Geisteshaltung ansprach und mobilisieren konnte. In Deutschland war neben dem Einfluß von Marx und Engels Ferdinand Lassalles Idee der Verbindung solidarischer Selbsthilfe und hilfeleistender „Fremdhilfe“ durch den zu demokratisierenden Staat prägend für

die Arbeiterbewegung. So entstanden um die Wende zum 20. Jh. die wichtigsten reformistischen Strömungen des Sozialismus mit dem Fabianismus in England (Sidney und Beatrice Webb, George Bernard Shaw), dem Revisionismus in der deutschen Sozialdemokratie (Eduard Bernstein) und dem humanitären Sozialismus Jean Jaures' in Frankreich.

Bernsteins bekannter Satz: „In einem guten Fabrikgesetz kann mehr Sozialismus stecken als in der Verstaatlichung einer ganzen Gruppe von Fabriken“ zeigt die Absage an den revolutionär-antagonistischen (unaufhebbarer Widerspruch von Kapitalistenklasse und Arbeiterklasse, Red.) Klassenkampf und das Bekenntnis zum Gradualismus sozialistischer Transformation (allmähliches Hinüberwachsen in den So-

zialismus, statt einer schlagartigen Revolution, Red.) im Rahmen der bestehenden und zu erweiternden demokratischen Institutionen: „Sozialismus wird nur durch die Demokratie verwirklicht“ (Godesberger Programm der SPD, 1959). Die angestrebte Evolution kann nicht mittels einer einzigen Maßnahme (z.B. Sozialisierung des Produktivvermögens, Vergegenständlichung der Produktionsverhältnisse) erreicht werden, sondern bedarf einer Vielfalt von Maßnahmen und Trägern. Bei Verzicht auf die Verkündung eines (kommunistischen) Endzustandes einer versöhnten Menschheit, also einer innerweltlichen Erlösung, gelten das programmatische Bemühen und der politische Kampf der fortschreitenden sozialen und ökonomischen Demokratisierung als Weg zur Verwirklichung einer gerechten und menschenwürdigen Gesellschaft: „Die Demokratie wird durch den Sozialismus erfüllt“ (Godesberger Programm). Sozialismus wird damit als eine dauernde Aufgabe begriffen und unabhängig vom (Fort-)Bestehen der klassischen „Arbeiterfrage“ im Kapitalismus.

II. Wirtschaftliche Vorstellungen und Gestaltungen

1. Die bürokratisch-despotischen Entwicklungsdiktaturen des „real existierenden Sozialismus“

Demokratische Sozialisten haben sich zumeist geweigert, die im Zuge kommunistischer Revolutionen in Rußland, China und anderen Ländern entstandenen Entwicklungsdiktaturen, die den Marxismus-Leninismus bzw. Maoismus als Staatsideologie etablierten, als „sozialistische“ Gesellschaften zu bezeichnen. Die Abspaltung kommunistischer Parteien und Gewerkschaften von den sozialistischen (sozialdemokratischen) Parteien und Gewerkschaf-

ten in Westeuropa nach dem Ersten Weltkrieg ist ein Ausdruck dieses Konflikts.

Manche demokratische Sozialisten glaubten allerdings, diese totalitären Staaten als Vorformen sozialistischer Gesellschaften verstehen zu können, in der Erwartung, daß – nach einer Übergangsphase revolutionärer Gewaltherrschaft („Diktatur des Proletariats“), vergleichbar der Diktatur Cromwells oder der Terrorherrschaft Robespierres im Verlauf der bürgerlichen Revolutionen in England und Frankreich – eine Entwicklung zu politischer Demokratie, selbstverwalteten Betrieben und wirtschaftsdemokratisch reguliertem Markt folgen würde. Vertreter einer „Konvergenztheorie“ (dies meinte eine allmähliche Annäherung beider Systeme, etwa durch Aufnahme staatlicher Planung in die Marktwirtschaft und umgekehrt durch Aufnahme marktwirtschaftlicher Prinzipien zur Effektivierung der zentralen Planwirtschaft, Red.) hielten einen konvergierenden Systemwandel sowohl liberalkapitalistischer wie kommunistisch-zentralplanwirtschaftlicher Systeme zum demokratischen Sozialismus für möglich. Spätestens mit der Niederwerfung des „Prager Frühlings“ 1968 wurde jedoch die bornierte Lernverweigerung und Reformunfähigkeit des bürokratisch-despotischen Systems unübersehbar.

Die revolutionären politischen Eliten Rußlands und Chinas wandelten den Marxismus um in eine Modernisierungsideologie für die nachholende Industrialisierung rückständiger Länder, in denen nichtstaatliche gesellschaftliche Kräfte als (Mit-) Träger einer Modernisierung fehlten. ...

2. Wirtschaftsordnungspolitische Vorstellungen und Gestaltungen des demokratischen (freiheitlichen) Sozialismus

Gemäß dem von ihm vertretenen Menschenbild (s. oben I.1) kennt der demokratische Sozialismus keine perfekten Institu-

Der Preis des Abos ist am Anfang des Kalenderjahres auf unser Konto beim Postgiroamt Dortmund Nr. 189 389-464 (BLZ 440 100 46) zu überweisen. Leichter geht es für beide Teile, wenn Sie uns eine Abbuchungserlaubnis erteilen (auch »Alt-AbonnentInnen«).

KontoinhaberIn:

Anschrift:

Hiermit ermächtige ich den Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V. widerruflich

☐ eine einmalige Spende in Höhe von DM ,

☐ die Abo-Gebühr für »CuS« von DM 20,- (Ausland DM 25,-) im Jahr,

☐ die Gebühr für ein Förder-Abo in Höhe von DM im Jahr von meinem

Konto bei der (Kreditinstitut)

BLZ Konto-Nr. einzuziehen.

Datum: Unterschrift:

Die Abbuchungsermächtigung bezieht sich auf ein ☐ Neu-Abo ☐ Alt-Abo

tionen für die Verwirklichung des Gemeinwohls. Weder der Markt – der als idealtypisch gedachter Wettbewerbsmarkt i.S. der nur auf Eigennutz ausgerichteten Wirtschaftswissenschaft einen fiktiven Charakter trägt –, noch der Staat – der nicht jenseits der gesellschaftlichen Interessenkonflikte stehend gedacht werden kann – begründen allein das Gemeinwohl. Deshalb kann der Wettbewerb nicht das einzige und nicht das letzte maßgebende Ordnungsprinzip der Wirtschaft sein, wie es der marktradikale Neoliberalismus fordert. Es bedarf vielmehr des Einbaus wirtschafts-demokratischer Ordnungselemente in die Marktinstitutionen und flexibler dazwischenliegender Institutionen mesoökonomischer Vermittlung zwischen Markt und Staat, die den Markt sozial einbetten und Politik und Staat entlasten.

Dieser Einbau sozialistischer Reformelemente in den Kapitalismus hat in den westlichen Demokratien in unterschiedlicher Weise stattgefunden: Von einem seit Roosevelts New Deal sozial abgemilderten Kapitalismus der USA über die „Soziale Marktwirtschaft“ der Bundesrepublik Deutschland (eine eingängige Parole, die vieldeutig verwendet wird, die jedoch als sozial friedfertiger Ordnungsentwurf i.S. Alfred Müller-Armacks auf dem Boden einer bewußt sozial gesteuerten Marktwirtschaft „mehr Freiheit mit mehr Sozialismus verbinden“ wollte), bis hin zu den skandinavischen Wohlfahrtsstaaten.

Für die Theorie des zeitgenössischen demokratischen Sozialismus, wie sie in Deutschland u.a. durch Eduard Heimann, Hans Ritschl, Gerhard Weisser entwickelt wurde, sind Märkte ein vielfach nützliches und kunstvoll-erfinderisches Instrument der Koordination von Bedürfnissen und Produktionsmöglichkeiten. Märkte versagen jedoch insbesondere im Hinblick auf

– eine gesellschaftlich vertretbare, „gerechte“ Verteilung der Einkommen und der

Vermögen, deren Differenzierungen im Hinblick auf erbrachte Leistung und erwünschte Leistungsmotivation einsehbar funktional und glaubwürdig erscheinen;

– die Herbeiführung von Arbeitsbedingungen, die die Entfaltung der Persönlichkeit im Vollzug der Arbeit ermöglichen und fördern („Humanisierung der Arbeit“);

– die gesellschaftlich erwünschte Versorgung mit meritorischen Gütern (Güter, die die öffentliche Hand, d.h. der Staat schafft, Red.) (z.B. Recht auf Bildung, berufliche Ausbildung und Zugang zu kulturellen Einrichtungen und Kulturgütern; Recht auf angemessene Wohnung);

– die konjunkturelle Stabilisierung des Wirtschaftsprozesses und die Erreichung eines hohen Beschäftigungsstandes (Recht auf Arbeit als Staatsziel, Vergesellschaftung des Beschäftigungsrisikos);

– die Erreichung eines sozial- und umweltverträglichen wirtschaftlichen Entwicklungspfad und den dazu erforderlichen Umbau der Produktionsstruktur („qualitatives Wachstum“);

– die Vereinbarung international verträglicher Austauschbeziehungen zwischen den auf „freien“ internationalen Märkten als Anbieter wie als Nachfrager machtüberlegenen Ökonomien der Ersten Welt und den Ländern der Dritten Welt.

Angestrebt wird eine sozialgestaltete „gemischte“ Wirtschaft und die weitere soziale Effektivierung der real bestehenden gemischten Wirtschaftsordnungen. Dies impliziert Veränderungen der

– Eigentumsverfassung, insbesondere der Unternehmensverfassung,
– Arbeitsverfassung,
– Wirtschaftsverfassung,
– Politischen Verfassung,

wofür in den westlichen Demokratien, so auch in der Bundesrepublik Deutschland, mehr oder weniger weitgehende Ansätze bereits verwirklicht sind. Ziele und zieladäquate Maßnahmen werden sowohl

auf der mikroökonomischen, wie auf der meso- und makroökonomischen Ebene verfolgt. Das meritorische Handeln von Regierungen, Verbänden und gesellschaftlichen Initiativen (Bürgerbewegungen) hat dabei Bedeutung nicht nur für die gewünschte soziale Einbettung des Marktes, sondern auch für seine Stabilisierung und Effektivierung. Denn Mobilitäts-, Anpassungs-, Bildungs- und Wagnisbereitschaft der Akteure, auf die gerade ein funktionierendes Marktsystem angewiesen ist, können sich bei der großen Zahl der Normalbürger, auch der Unternehmer, erst auf der Grundlage meritorischer (= öffentlich ga-



G. Arntz: Oben und unten
(Holzschnitt 1931)

rantierter, Red.) gesellschaftlicher Absicherung entfalten.

Auf der mikroökonomischen Ebene ergeben sich als Folgerungen aus heutigem

demokratischem Sozialismus Formen mitbestimmter Unternehmensverfassungen und die Beteiligung der Arbeitnehmer am Vermögenszuwachs der Unternehmen durch Formen (überbetrieblich organisierter) investiver Gewinn- oder Ertragsbeteiligung. Da die kapitalistisch verfaßte Unternehmung in der „freien“ Marktwirtschaft weder demokratisch noch liberal verfaßt ist, sondern selbstherrlich, bedarf es einer Balancierung der Eigentümerrechte durch widergelagerte Wirtschaftsbürgerrechte sowohl bei der Legitimierung und Kontrolle des Managements wie bei der Entscheidung über die Originärverteilung des Vermögenszuwachses.

Neben dem Typ des privatwirtschaftlichen Erwerbsunternehmens befürwortet der demokratische Sozialismus eine durch die Wirtschaftspolitik zu fördernde Vielfalt von Unternehmen der öffentlichen und der freien Gemeinwirtschaft, die gemäß ihrem öffentlichen Auftrag bzw. gemäß frei gewählter sozialer Bindung die Befriedigung öffentlicher (meritorischer) Bedarfe verfolgen. Öffentliche Unternehmen sollen sich in der Hand unterschiedlicher öffentlicher Träger befinden (Kommunen, Zweckverbände, Länder, Bundesstaat); interessant ist auch die Form autonomer öffentlicher Körperschaften (wie wir sie z.B. als öffentliche Rundfunkanstalten kennen). Aus ökonomischen wie aus kulturellen Gründen förderungswürdig erscheinen freigemeinwirtschaftliche Unternehmen, die, von freien gesellschaftlichen Kräften getragen, öffentliche Versorgungsziele verfolgen (z.B. freigemeinwirtschaftliche Krankenhausbetriebe oder Wohnungsunternehmen).

Das Vorhandensein einer derartigen Vielfalt von Unternehmenstypen eröffnet den wirtschaftenden Menschen die Chance, sich gemäß ihren unterschiedlichen Talenten und Wertorientierungen in eine „gebildereiche Wirtschaft“ (Weisser) zu integrieren. Zugleich wird der Bedarf an ma-

kroökonomischer Planung vermindert bzw. ein „indikativer“ Charakter solcher Planungen ermöglicht, wenn es in der Wirtschaftsgesellschaft eine hinreichende Anzahl von Unternehmen gibt, die aufgrund ihrer nicht-erwerbswirtschaftlichen Zielsysteme bereit sind, in konzertierten Aktionen an der Vereinbarung makroökonomischer Ziele mitzuwirken und durch ihre unternehmenspolitischen Entscheidungen zur Umsetzung solcher Ziele auf der Mikroebene beizutragen.

Die soziale Gestaltung der Arbeitsverfassung; wird durch das kollektive Arbeitsrecht und den Tarifvertrag als gesellschaftlich gewünschte Einschränkung der Vertragsfreiheit auf nachfragedominierten „freien“ Arbeitsmärkten verfolgt.

Bei der Wirtschaftsverfassung erstrebt der demokratische Sozialismus – entgegen der neoliberalen Parole „Mehr Markt, weniger Staat!“, jedoch nicht durch deren simple Umkehrung – die sozial- und umweltverträgliche Begrenzung des Marktes durch institutionell vielgestaltige Regulierungen. Global- und struktursteuernde Regulierungen zielen zum einen auf konjunkturelle Stabilisierung der Ökonomie und Erreichung eines hohen Beschäftigungsstandes, zum anderen auf den Umbau der Produktionsstruktur und die Steuerung der Wirtschaftsprozesse auf einen nachhaltigen Entwicklungspfad. Solche Regulierungen können zwischen öffentlichen Stellen und Verbänden in konzertierten Aktionen vereinbart und gemeinsam umgesetzt werden. Öffentliche Bindungen von Betriebsprozessen (i.S. Gert v. Eynerns) sind dabei ein Instrument zur Vermeidung negativer äußerer Effekte sozial unkontrollierten Rentabilitätsstrebens.

Es wäre verkehrt, die soziale Einordnung der Unternehmung durch Mitbestimmung und Marktregulierung nur als Einschränkung von Handlungsspielräumen der Unternehmensführung zu sehen. Vielmehr

werden für die sozial eingeordnete Unternehmung auch neue Handlungsspielräume und Möglichkeiten sozialen Lernens erschlossen. Insbesondere werden durch vorgängige Verständigung über die soziale Akzeptanz unternehmenspolitischer Entscheidungen Turbulenzen der Umwelt der Un-



G. Arntz: *Krisis*

(Holzschnitt 1931)

ternehmung vermindert und Risiken herabgesetzt.

Für die politische Verfassung folgt daraus die Ergänzung des Parlamentarismus durch einen sinnvoll gehandhabten Korporatismus (= Körperschaftlicher Aufbau, Red.), wie er in vielen westlichen Demokratien tatsächlich praktiziert wird und z.T. sogar verfassungsmäßig institutionalisiert ist (z.B. Niederlande, Frankreich). Dabei kommt neben Parlament und Regierung den großen Verbänden insbesondere der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die in sich

vielfältige Interessen integrieren und Konflikte ausgleichen und vermitteln, eine bedeutende Rolle bei der Formulierung und Umsetzung von (Wirtschafts- und Sozial-) Politik zu.

Institutionen und Ethos korporatistisch (= körperschaftlich, Red.) vereinbarter Politik erfordern bei ihren Akteuren Motivationen, Einstellungen und Verhaltensweisen, die das utilitaristische Leitbild des rational-eigennützig agierenden homo oeconomicus (Marktmenschen) transzendieren durch eine lebenskluge Vernunft und Gesittung, zu deren Verhaltensdispositionen auch Einsicht in Widersprüche, Bereitschaft zu einsichtiger Selbstbegrenzung, reflektierte Traditionsbindung, solidarische Verantwortungsbereitschaft und Gemeinwesenorientierung gehören. Mitempfinden und gegenseitige Handlungsorientierungen haben auf allen Ebenen des Systems Wirtschaft und für die wirtschaftspolitische Steuerung dieses Systems Bedeutung. Sie sind die Voraussetzung dafür, daß zwischen öffentlichen Stellen und Verbänden einer pluralistischen Gesellschaft – über Interessengegensätze hinaus und durch Interessenkonflikte hindurch – eine argumentative Verständigung über konkrete Gemeinwohlziele und über kollektive Aktionen, mit denen diese Ziele angestrebt werden, gesucht wird und gelingen kann.

III. Ethische Gesichtspunkte

Die Geschichte vom Auszug des Volkes Israel aus dem ägyptischen „Haus der Unterdrückung“ als Paradebeispiel politischer und sozialer Befreiung und tiefgreifender geistiger und moralischer Wandlung des Volkes ist nach Arnold Künzli „zum fundamentalen Archetyp (Urbild oder Vorbild, Red.) allen abendländischen Sozialismus geworden“, so daß es nach Michael Wal-

zer „möglich ist, eine kontinuierliche Verbindung vom Exodus zur radikalen Politik unserer eigenen Zeit herzustellen.“

Diese Geschichte, auf die in den biblischen Büchern immer wieder in exemplarischer Weise Bezug genommen wird, hat sich tief in das religiöse und moralische Empfinden westlicher Völker eingepreßt. Sie gibt, schreibt Ernst Bloch, der Bibel „einen Grundklang, den sie nie verloren hat ... Vom halben Urkommunismus der nasiräischen Erinnerung bis zur Prophetenpredigt gegen Reichtum und Tyrannei, bis zum frühchristlichen Liebeskommunismus geht so eine einzige, an Biegungen reiche, doch erkennbar einheitliche Linie. Sie hängt im Untergrund fast lückenlos zusammen, und die berühmten prophetischen Ausmalungen vom sozialen Friedensreich der Zukunft nehmen ihre Farbe von einem Goldenen Zeitalter, das hier nicht nur Legende war“.

Freilich sind die Kirchen von diesem religiösen Erbe abgewichen. Während der sozialistische Rechtslehrer Gustav Radbruch formulierte: „Hätte es in der Welt niemals ein Christentum gegeben, so gäbe es auch keinen Sozialismus“, meinte dagegen der neoliberale Ökonom Ludwig v. Mises, die Leistung der Kirche durch die Jahrhunderte habe vor allem in der „Unschädlichmachung“ der sozialetischen Lehre Jesu bestanden.

Es ist die historische Tragik oder Schuld des Christentums, daß die humanitären Ideale der Aufklärung und der großen französischen Revolution – Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit (Geschwisterlichkeit) – gegen die Kirchen proklamiert und erkämpft werden mußten, so daß wiederum die Vorkämpfer dieser Ideale deren Verwurzelung im religiösen Erbe der westlichen Kultur nicht erkennen konnten. Deshalb entstanden sowohl im Liberalismus wie im Sozialismus anhaltende antikirchliche und anti-christliche Strömungen.

Der Liberalismus konnte jedoch die Werte der Aufklärung und der bürgerlichen Revolution nicht einlösen. Gleichheit wurde als Gleichmacherei geschmäht, Solidarität als Kollektivismus; damit wurde Freiheit im liberalen Kapitalismus, wie Eduard Heimann formuliert, „eher zur Freiheit des Eigentums als des Menschen“. Die Folge davon ist soziale Ungerechtigkeit, die der Würde des nach dem Bild Gottes geschaffenen Menschen widerspricht. Eine Gesellschaft, die rational-eigennützige Interessenverfolgung zu ihrer Norm erhebt, verwirft die christliche Richtschnur der Brüderlichkeit; in einer solchen Gesellschaft ist – wieder nach Heimann – „Ausbeutung und nicht Solidarität die rationale Politik.“

Die vom demokratischen Sozialismus betriebene Proklamierung und Durchsetzung ökonomischer und sozialer Bürgerrechte geschieht z.B. in der Bundesrepublik Deutschland durch schrittweise – von Rückschritten und Rückschlägen

keineswegs freie – Verwirklichung der auf Gleichheit ausgerichteten sozialstaatlichen Komponente des Grundgesetzes in Form konkreter sozialstaatlicher Verbürgungen, die dem Schutz der Menschenwürde dienen. Es handelt sich dabei immer um gesellschaftliche Wertentscheidungen über die Aufgaben der Regie-

rung und die Rechte des Volkes in der sozialstaatlichen Demokratie, die nur so weit durchgesetzt und aufrechterhalten werden können, als sie vom moralischen Engagement einer aktiven Gesellschaft getragen werden, die kollektive Aktionen zum Quellpunkt größerer Freiheit macht. Dies läßt

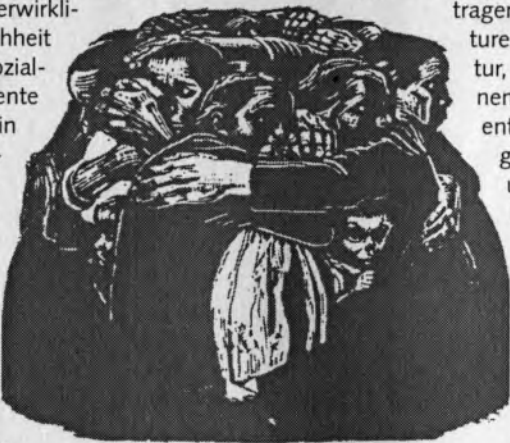
sich aufweisen von den Mitbestimmungsgesetzen als historischem Kompromiß eines „dritten Weges“ zwischen kapitalistischer Unternehmensverfassung und Vergesellschaftung von Großunternehmen bis hin zum sozial-rechtlichen Schutz gegen Verarmung im Alter, bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit.

Das verfassungsrechtliche Sozialstaatsgebot hat dabei eine die Gesellschaft integrierende, auf Vermeidung und Überwindung von Spaltungen und auf soziale Befriedung zielende mahnende und erzieherische Funktion im Sinne vermehrter staatsbürgerlicher Zuwendung zu Gemeinschaftswerten.

Für die Ausfüllung solcher Bürgerrechte und meritokratischer Staatszielbestimmungen haben die ökonomischen Theorien des Institutionalismus, der Gemeinwirtschaft, des Genossenschaftswesens, des (Post-) Keynesianismus, der Radikalen Ökonomik, des

Wohlfahrtsstaates und der ihn tragenden „welfare culture“ (Wohlfahrtskultur, Red.) Konzeptionen und Instrumente entwickelt. Das engagierte Aufgreifen und geduldige Umsetzen solcher Konzeptionen hängt jedoch immer von der vorherrschenden weltanschaulichen Einstellung der gesellschaftsprägenden Kräfte

ab: „Um die Menschenwürde und die daraus folgende Freiheit und Gleichheit der Menschen zu sichern, ist es notwendig, daß die Gesellschaft an sie glaubt und jedes sich selbst respektierende Mitglied der Gesellschaft verpflichtet, sich zu fügen“ (Eduard Heimann).



Der streitbare Katholik und Theologe Norbert Greinacher wird 65 Jahre alt

**Ein Christ und ein Sozialist –
auch nach der Wende von 1989:
Leidenschaftlich und gelassen**

Eine so schöne Aussicht ist allemal ein Grund, in Tübingen zu bleiben. Wir stehen auf Norbert Greinachers Balkon. Schlafwandlerisch sicher fährt der Zeigefinger des Hausherrn den Horizont ab: dort die Zolernburg, die Salmendinger Kapelle, der Roßberg, dann Georgenberg und Achalm. „Dahinter“, sagt er, „hat mein Freund Grieshaber gelebt, dieser Urkatholik.“ Letzteres verblüfft. Doch Greinacher, ganz weiß gekleidet, bleibt dabei. Und diesem tiefgläubigen Holzschnyder im trutzigen Gartenhäusle fühlt er sich bis heute verwandt: als Linker und als Christ, als Parteigänger der Armen und Unterdrückten.

Einige Gegenväter

Oft verweist Greinacher auf geistige Ratgeber aus der Generation seines Vaters; gleichsam seine Gegenväter. Karl Rahner etwa, den Existenzialisten der katholischen Theologie, zählt er ebenso dazu wie den Linkskatholiken Walter Dirks, der vor fünfzig Jahren die republikanischen „Frankfurter Hefte“ ins Leben rief. Streng katholisch und autoritätsgläubig wurde der 1931 im „stockscharzen“ Freiburg geborene Lehrersohn erzogen. Und als wäre für ihn nichts selbstverständlicher, wurde er Priester, seinen Eltern zur Freude: „Ich sage das ohne Selbstkritik: Zu meiner Mutter hatte ich ein hochemotionales Verhältnis – wie es bei Priestern häufig vorkommt.“

Was er von seiner Familie nicht lernen konnte und „mühsam“ nachholte, war das kritisch-emanzipatorische Denken, an dem er sich später orientierte. Mit Dirks, der zeitweise im Breisgau lebte, hatte Greinacher enge freundschaftliche Kontakte. „Für mich war es wichtig, daß er sich als demokratischer Sozialist verstand, und zwar gerade weil er katholischer Christ war. „Damals, in der Adenauer-Ära, war die Verbindung von Christentum und Sozialismus nicht gerade Gemeingut. Doch der so radikale wie originelle Nonkonformismus eines Dirks wurde für Greinacher wegweisend. „Ich bin Sozialist geworden und es auch nach der Wende geblieben.“ Manchen Bekannten in Warschau oder Budapest zum Trotz, die er bereits mit verbotenen Büchern und Zeitschriften versorgte, als der Eiserne Vorhang Ost und West noch teilte, und die ihn wegen seines linken Bekenntnisses heute nicht mehr kennen wollen:

Uralte Grundwerte

Wie definiert Greinacher seinen Sozialismus? Durch die „drei uralten Grundwerte“ der Sozialdemokratie, sagt er, der seit 21 Jahren SPD-Mitglied ist und aktiv im Tübinger Ortsverein mitarbeitet: durch Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Die Solidarität mit den Sozialhilfeempfängern, den Arbeitslosen, den Opfern „struktureller“ Armut ist ihm am wichtigsten. Ob er glaubt, daß die gegenwärtige SPD das auch so empfindet? Greinacher ist sich da nicht so sicher. Ja, hin und wieder hat er

schon überlegt, ob er bei den Grünen nicht besser aufgehoben wäre: „Aber wissen Sie, wir brauchen eine Großorganisation wie die SPD, um gute Ideen zu realisieren – außerdem hänge ich an dieser Partei; nennen Sie es nostalgisch.“

Gesellschaftliches Engagement als Christenpflicht: davon will Greinacher keinen Millimeter abrücken. Engagement übrigens nicht nur im eigenen Land. Eine besondere Zuneigung verbindet ihn nach wie vor mit Lateinamerika. Im revolutionären Nicaragua hat er – höchst werbewirksam für seine kritische Spielart der Theologie – 1983 in einer Freiwilligenbrigade Kaffee gepflückt, Seit' an Seit' mit dem heutigen Bürgermeister von Bremen, Henning Scherf. Das sandinistische Modell, das Nicaragua später abwählte, berührt Greinacher immer noch, auch wenn er einräumt, manches daran vielleicht „verklärt“ oder „mit zu großer Hoffnung betrachtet“ zu haben.

Christliche Postmoderne

Läßt sich von der emphatischen Forderung, Christentum verlange soziales Engagement, heutzutage überhaupt noch jemand rühren? Ist die christliche Botschaft nicht längst in ihre Postmoderne eingetreten? Das leugnet er nicht, Beliebigkeit und Unverbindlichkeit seien auch bei Christen zu finden. Allerdings sei diese Entwicklung nicht verwunderlich. Vor dreißig Jahren habe er noch von der „Sozialgestalt Volkskirche“ geträumt, eigene Studien jedoch brachten ihn zu der Annahme, „daß das Ende der Volkskirche abzusehen“ sei. Die Zukunft gehöre den bewußten und kritischen Minderheiten in den einzelnen Gemeinden, glaubte er damals – und sieht sich heute darin bestätigt.

„Entschuldigung, ich erhitze mich“, sagt Norbert Greinacher ein paarmal während des Gesprächs. Da macht sich die Leidenschaft bemerkbar; ohne die er nicht Christ sein kann. Doch er sieht auch, daß Leidenschaft, gleich wofür, mitunter in Eifer und Besessenheit führt. Deshalb hat er ei-



nen Essay geschrieben – „vielleicht mein bestes Buch“ –, in dem er der Leidenschaft die Gelassenheit beigesellt. „Wer engagiert ist, hat auch das Recht, gelassen zu sein.“ Und das heißt: ausruhen, müßig zu gehen, aufzutanken. Ein Wort des französischen Dichters Péguy fällt ihm ein: „Gott liebt jene nicht, die nicht schlafen können“.

Kampf um Christenrechte

Man fragt den 65jährigen, an welcher Front er derzeit am entschiedensten kämpfe, und er mag sich nicht entscheiden. Der Kampf um Christenrechte ist ihm heute so wichtig wie 1980, als er das gleichnamige Komitee gründete. Waschkörbeweise traf über die Jahre Post dort ein, Klagen über Benachteiligungen, Herabsetzungen, Menschenrechtsverletzungen innerhalb der Kirche. Christenrechte zu fordern – etwa die Gleichberechtigung von Mann und Frau im kirchlichen Dienst – ist für Greinacher der Versuch, seiner Kirche eine Lektion in Men-

schenrechten zu erteilen, sie endlich an den Segnungen moderner Freiheitsgeschichte teilhaben zu lassen. Denn leider ist die katholische Kirche „eines der letzten totalitären Systeme der Welt“, und man muß ihr zur Warnung ins Ohr rufen, was einst Gorbatschow Honecker zurief: „Wer zu spät kommt, den ...“

Bei der Schärfe seiner Kritik nimmt es Wunder, daß die Kirche diesen streitbaren Theologen nicht sattbekam und abstrafte wie weiland Hans Küng, seinen Freund – durch Entziehung der Lehrbefugnis. Greinacher begründet seine Verschnonung so: Küng sei systematischer Theologe, und man habe ihm die kirchliche Lehrbefugnis genommen, weil er die Unfehlbarkeit und damit den Machtanspruch des Papstes in Frage gestellt habe. Er, Greinacher, berühre hingegen als praktischer Theologe nicht die zentrale Legitimationsfrage seiner Kirche.

Wohlstand macht müde

Viele Gefahren drohen der modernen Kirche. Nicht zuletzt der Wohlstand, der

schläfrig und eingebildet macht. Die beiden deutschen Großkirchen sind die reichsten der Welt mit luxuriösen Privilegien. Kaum anders deren Theologie: „Wo gibt es das sonst, daß theologische Reflexion – hochsubventioniert – an staatlichen Universitäten unternommen werden kann.“ Und die Amtskirche dürfe bei den Lehrstuhlbesetzungen auch noch kräftig mitregieren: „Das wäre grad so, als würde der DGB bestimmen, wer einen Lehrstuhl für Betriebswirtschaft bekommt!“ Freilich, sagt Greinacher, er wisse, daß er mit dieser Ansicht recht allein dastehe und außerdem an dem Ast säße, auf dem er sitze. „Aber ich vermute, in fünfzig Jahren wird sich dieses System geändert haben.“

Doch das muß keineswegs die Legitimation der Theologie betreffen. Sie wird stets gebraucht werden, um die 2000 Jahre alte Botschaft für das Hier und Heute zu bedenken und zu gestalten. Das Schlimmste, was der Theologie passieren kann, ist, museal und lebensfern zu werden. Und den Theologen? „Daß sie im Kopf eine Schere einbauen.“

Aus der religiös-sozialistischen Internationale

Asta Pusch

Christliche Sozialisten in Australien „The Ernest Burgmann Committee“

Auf den offiziellen Papieren steht es umgekehrt: groß oben drüber: „The Ernest Burgmann Committee“ und klein darunter: „Christian Socialists in Australia“.

„Wir haben unseren Namen ein bißchen versteckt, weil wir Schwierigkeiten befürchteten“, erzählt uns Andrew West, der jun-

ge dynamische Sekretär der Christlichen Sozialisten, den wir im September 1995 in Sydney trafen. Aber seit der Gründung der

Gruppe vor ungefähr drei Jahren ist das Burgmann Committee ständig gewachsen. Sie sind nun eine Gruppe von rund 300 Mitgliedern in den Städten Sydney, Melbourne und Canberra, der Hauptstadt Australiens.

Die ALP (Australian Labour Party) sei ihre politische Heimat, sagt Andrew West, 40% ihrer Mitglieder sind Pfarrer, Priester, Mönche und Nonnen. Es ist eine stark ökumenisch ausgerichtete Gruppe mit Angehörigen der Anglikanischen Kirche, der Römisch-Katholischen Kirche und vieler protestantischer Kirchen (Methodisten, Presbyterianer, Quäker, Baptisten, Heilsarmee, Church of Christ...).

Als Gruppe sind die Christlichen Sozialisten Australiens unabhängig, trotz hochrangiger Vertreter aus Politik und Kirchen in ihren Reihen. Sie erhalten von keiner Seite Geld und finanzieren sich durch Mitgliedsbeiträge. In einem Einführungsblatt, das sie 1994 an die Teilnehmer der ILRS-Tagung (International League of Religious Socialists - die internationale Dachorganisation der Religiösen SozialistInnen) in London schickten, schreiben sie:

„Das Ernest Burgmann Committee wurde gegründet, um sich für einen Gedankenaustausch zwischen den christlichen Kirchen, der Arbeiterbewegung und progressiven politisch und öffentlich wirkenden Persönlichkeiten einzusetzen.

Es ist nach Reverend Ernest Burgmann benannt, der zwischen 1934 und 1960 Anglikanischer Bischof in Canberra war. Er diente in seiner Amtszeit vor allem den Armen und Ausgegrenzten. Als junger Priester erlebte er die große Depression der 30er Jahre in Australien. Er sah das Elend der Arbeiterklasse durch die Massenarbeitslosigkeit und das Fehlen jeglicher sozialer Absicherung. Diese Erfahrung und seine Gespräche mit sozial denkenden Menschen festigten in ihm den Glauben an die notwendigen sozialen Grundlagen. Mit Gleich-

gesinnten kämpfte er für eine soziale Gesetzgebung und auch für eine eigene australische Identität, unabhängig von England.

Heutzutage ist Burgmanns Botschaft genauso bedeutsam. Mehr denn je sollten wir die australische Politik als wahrhaft sozialdemokratisch und offen für andere darstellen. Die Labour Party, die gesamte Arbeiterbewegung überhaupt, müssen sich an ihre Aufgabe erinnern, den Kapitalismus zu zivilisieren und die verletzbare Umwelt zu schützen, deren Hüter wir jeweils nur für die kurze Zeit unseres Lebens sind.

Die Vision der Religiösen Sozialisten Australiens fußt auf dem Glauben, daß die christliche Soziallehre und die Wurzeln des Christentums sich in den Gesetzen, Institutionen und überhaupt in der sozialdemokratischen Politik widerspiegeln sollten, um bei der Suche nach dem Reich Gottes auf Erden ein gutes Stück weiterzukommen...“

Im Juli 1994 hielt der damalige stellvertretende Ministerpräsident von Australien, Brian Howe, im Rahmen des Ernest Burgmann Committees einen Vortrag über diesen großen Bischof. Das Manuskript wurde den Delegierten der ILRS-Tagung in London übermittelt. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Visionen Burgmanns sich in Australien in einer außergewöhnlich sozialen Gesetzgebung erfüllt haben. Was daraus unter der neuen konservativen Koalitionsregierung wird, bleibt abzuwarten.

ICL Initiative Christliche Linke Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V. **Presseerklärung**

der Jahresversammlung 1996 der ICL und des Bundesvorstands
der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten e.V.

Wählt das Leben!

Die regierende Koalition aus CDU und FDP hat ein weiteres unmißverständliches Bekenntnis zum Kapitalismus abgelegt. Die sogenannten Sparmaßnahmen, die sie am 25. April 1996 beschlossen hat, bedeuten einen massiven Angriff auf schwächere Mitglieder der Gesellschaft.

- Daß die Lohnfortzahlung bei Krankheit und das Krankengeld gekürzt werden, trifft gesundheitlich Beeinträchtigte der unteren Gehaltsklassen,
- daß die Anhebung des Kinderfreibetrags und des Kindergeldes ein weiteres Jahr hinausgezögert wird, trifft Erziehende mit niedrigen und mittleren Einkommen,
- daß die Lebensarbeitszeit für Frauen in zwei Stufen auf 65 Jahre angehoben wird, trifft Frauen, die durch Familien- und Berufsarbeit doppelt belastet sind,
- daß die Gewerbesteuer- und Vermögenssteuer gestrichen werden, bedeutet, daß zusätzliche Sozialkürzungen vorgenommen werden.

Damit wird die Umverteilung des gesellschaftlich erwirtschafteten von unten nach oben fortgesetzt. Eine Regierung, die die soziale Enteignung breiter Bevölkerungsschichten durchsetzt, sollte sich nicht heuchlerisch an einem „Bündnis für Arbeit“ beteiligen, den Geburtenrückgang nicht moralisch bewerten und sich nicht als Bewahrer des Sozialstaats darstellen. Ein Staat, der hohe Gewinne und große Vermögen unangetastet läßt, Steuerflucht begünstigt, im Jäger 2000 milliardensteuere Militärgüter herstellen läßt und Großkonzerne subventioniert, erweist sich niemandem mehr verantwortlich als dem Kapital.

Laßt uns angesichts dieser Zuspitzung die Alternativen deutlich machen:

- CDU/ FDP oder demokratische Kräfte,
- Ausbeutung oder soziale Rechte,
- Unterdrückung oder Solidarität,
- Kapital oder Arbeit,
- Kapitalismus oder Sozialismus.

Laßt uns unser christliches Bekenntnis erneuern:

- Gott, nicht Mammon,
- Option für die Armen, nicht Pakt mit den Reichen,
- Menschenwürde, nicht Machtmißbrauch,
- Leben, nicht Tod.

„Leben und Tod, Segen und Fluch habe ich euch vor Augen gestellt. So wählt nun das Leben.“ (5. Mose 30,19) „Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon.“
(Lukasevangelium 16,13)

Kreuz und Quer – aber nicht bei Ragaz!

Wenn unser Blatt außerhalb unseres Kreises wahrgenommen wird, ist das erfreulich. Die Art der Wahrnehmung muß nicht unbedingt erfreulich sein. Über die

Art und Weise, wie unsere Geschwister vom „linken kirchlichen Magazin <Kreuz und Quer>“, Nr.1/96 mit meiner Rezension des Briefwechsels Ragaz/Schalom Ben

Gedenkfeier für Leonhard Ragaz in Jerusalem

Die Jerusalemer Gemeinde „Emeth Weemunah“ hielt am Montag, den 4. Februar 1946, eine eindrucksvolle Gedenkstunde für *Leonhard Ragaz* ab, den Sozialisten in der Schweiz, welcher, achtundsiebzigjährig, am 7. Dezember 1945 in Zürich gestorben ist. Der Rabbiner der Gemeinde, Dr. Wilhelm, betonte, daß es wohl ungewöhnlich ist, eines christlichen Theologen in einer Synagoge zu gedenken. Aber Leonhard Ragaz war nicht nur ein großer Christ, sondern ein Vorkämpfer für die Erneuerung des Glaubens über die konfessionalen Grenzen hinweg und einer der treuesten Freunde des jüdischen Volkes und des Zionismus in unserer Zeit. — Professor Hugo Bergmann sprach sodann über das religiöse Weltbild, wie es sich in Werk und Persönlichkeit von Leonhard Ragaz erschließt. Nicht Religion (Kirche und Dogma) lehrte und lebte er: sondern das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit für diese Erde. Damit stand er ganz in der Sukzession der biblischen Propheten, welche nicht Tempel und Kultus betonten, sondern die Heiligung des Alltags durch Gerechtigkeit und Liebe, Kampf um die sozialen und ethischen Forderungen. Ragaz hat wie kein anderer mit dieser Botschaft vom Reiche Gottes ernst gemacht. Er verließ Kanzel und Universitäts-Kathedra und zog zu den Proletariern, um mit ihnen zu leben und zu leiden und durch Volkshochschularbeit und aktive Mitwirkung in der sozialistischen Bewegung, vor allem aber in seiner Zeitschrift „Neue Wege“, den Kampf der Zeit im Sinne einer Politik aus dem Glauben zu führen.

Professor Martin Buber, den langjährige Freundschaft mit Ragaz verbunden hat, referierte über „Ragaz und Israel“. Mit hinreißendem Schwung, durchglüht von Liebe und Verehrung zu dem Dahingegangenen, zeigte Buber das tiefe Verständnis auf, das Ragaz uns gegenüber hatte. Sein Außenblick und unser Innenblick trafen sich. Er sah uns,

wie wir sind, aber er erkannte auch die göttliche Sendung, die durch nichts von uns genommen werden kann. Er wollte nicht wie andere Christen die Juden bekehren, sondern glaubte, daß im Judentum und im Christentum „Israel“ verwirklicht werden kann und muß. Ein Christentum, das ernstlich in der Nachfolge Christi lebt, und ein Judentum, das ebenso ernsthaft die Lehre seiner Propheten verwirklicht — muß sich im „Israel Gottes“ treffen.

Ueber die Darstellung der Ragaz'schen Position hinaus gab Buber (zum ersten Male) eine gläubige Deutung des furchtbaren Geschehens unserer Zeit, der Gaskammern und Schlachtbänke dieser dunkelsten Jahre. „Am Schandpfahl der Menschheit stehend, sind wir als der leidende Gottesknecht Zeugen einer unabdingbaren Erwählung — und das Gewissen der Völker.“

(S. B. C.)

aus: *Neue Wege*

Chorin (in CuS 1/96, S.48-53) umgegangen sind, habe ich mich sehr geärgert. Daß ich mich mit der Äußerung Ragaz' in einer Fußnote seiner Schrift „Judentum und Christentum“ auseinandergesetzt habe, müssen die LeserInnen von „Kreuz und Quer“ vielleicht nicht erfahren, daß es sich aber um einen Text (nicht um Ragaz-Texte) handelte, vielleicht doch! Ich bin kein Ragazianer, aber ich weigere mich, ihn auf einer Folie mit Luther etc. zu sehen. Ragaz war kein Anti-Judaist, und das von mir genannte Zitat ist meines Wissens singulär. Daß es klammheimlich ohne notwendige Erklärung in den nächsten Auflagen entfiel, war mein Hauptkritikpunkt.

Wie Ragaz von jüdischen Zeitgenossen wahrgenommen wurde, machte unter anderem der Beitrag von Arnold Pfeiffer im letzten CuS-Heft deutlich. Zur Illustration hierfür drucken wir als Faksimilé einen Bericht aus dem April-Heft 1946 (40. Jg., Heft 4) ab, über eine Gedenkfeier für Ragaz in Jerusalem. Zur Einordnung noch einige Erklärungen. Diese Gemeinde wurde Mitte der dreißiger Jahre von Juden aus Deutschland gegründet. Mitbegründer war Schalom Ben Chorin, der dies in seinem

Buch „Ich lebe in Jerusalem“, München 1988, S.106, mitteilt. Der Rabbiner Dr. Kurt Wilhelm war bis zu seiner Emigration nach Palästina im Oktober 1934 Rabbiner der liberalen Gemeinde in Dortmund gewesen und Mitarbeiter der „Jüdischen Arbeitsgemeinschaft im Bund der religiösen Sozialisten“. In der theoretischen BRSD- „Zeitschrift für Religion und Sozialismus“ veröffentlichte er 1933 auf den S.73-79 einen lesenswerten Aufsatz über „Judentum und Sozialismus“.





die uns interessieren

Arnold Pfeiffer

Lothar Wenzel: Sozialismus aus christlichem Gewissen

bei Georg Wünsch (1887-1964). Peter Lang Verlag Frankfurt/M.u.a.
1995. 159 S., DM 54. (= Europäische Hochschulschriften:
Reihe 23, Theologie. Bd.543)

Wenzels Doktorvater, der Frankfurter religiöse Sozialist und Wünsch-Schüler Heinz Röhr, hat auf das Fehlen einer zureichenden Monographie über Wünsch mehrfach hingewiesen. Mit dem Erscheinen von Wenzels Buch, das im ganzen wie im einzelnen als verfehlt bezeichnet werden muß, ist das Desiderat um so dringender geworden.

Wer Wünsch Gerechtigkeit widerfahren lassen will, könnte bei der bedeutenden kleinen Schrift „Der Zusammenbruch des Luthertums als Sozialgestaltung“ (1921) einsetzen, die Wünsch als echten Schüler der Bergpredigt und als Kritiker der preußisch-monarchistischen Reaktion vor Augen führt. Wünsch widersetzt sich hier (S.30) den „niedrigen Instinkten des Hasses und der innersten Ausbreitungsgier“, wie sie für den kirchlich abgesegneten Nationalismus kennzeichnend sind, und er tritt für die Befreiung „vom Wahn des Imperialismus“ ein. Ebenso mutig wie deutlich ist der Satz, das moderne Luthertum tue „das Seine, die im Nationalismus sich

offenbarenden völkischen Raub- und Raufinstinkte mit dem für die Masse notwendigen ideologisch-religiösen Überbau zu versehen und ihnen zu dienen, sie auch für fromme Christen nicht nur möglich zu machen, sondern als eine sittliche Tat hinzustellen“ (S.31).

Und nun müßte ein ernsthafter Theologehistoriker das Rätsel zu lösen versuchen, wie derselbe Mann, der 1921 klar bekannte, für den Christen gebe es „nur die eine Moral der Bergpredigt“ (a.a.O.S.69), sich zu einer solchen Suspension der Bergpredigt hat bewegen lassen können, wie sie in Wünsch „Ethik des Politischen“ von 1936 vorliegt.

Dabei wäre die Luther-Rezeption von Wünsch mit derjenigen solcher deutscher Lutheraner wie Emanuel Hirsch, Friedrich Gogarten und Alfred Dedo Müller zu vergleichen und kritisch zu analysieren. Seine Abhängigkeit von Ernst Troeltsch wäre eingehend zu untersuchen.

Mit der obengenannten Schrift von 1921 könnte Wünsch unter die mutigen

Bekenner des religiösen Sozialismus eingereiht werden, die nach 1918 Anschluß an die Bergpredigt suchten und das Kirchentum (namentlich das lutherische) wegen seiner Versäumnisse auf sozialem und friedenspolitischem Gebiet kritisierten.

Von wegweisender Bedeutung könnte ferner sein, auf welche Weise Wünsch von Karl Marx gelernt und die wirtschaftlichen Verhältnisse (namentlich der 20er Jahre) mit marxistischem Instrumentarium untersucht und durchleuchtet hat.

Wenzel indes läßt sich auf das von vornherein unmögliche Unternehmen ein, die Anpassungen glattweg zu bestreiten, die Wünsch nach 1933 an den Nationalsozialismus vorgenommen hat. So sucht er einen „Wünsch aus einem Guß“ zu konstruieren, den es in der Wirklichkeit nie gegeben hat. Mit der Schwerpunktsetzung auf die Phase nach 1933 tut er Wünsch das Unrecht an, seinen schwächsten Punkt zu thematisieren und so (obzwar wider Willen) das Verdikt zu bestätigen, das Bultmann und andere (freilich in großer Einseitigkeit) nach 1945 über ihn aussprachen.

Wünsch hat sich, wie seine kleine späte Autobiographie zeigt, im Rückblick auf sein ganzes Leben als religiöser Sozialist verstehen wollen. Daß sich gerade in dieser Hinsicht in seinem Werk eine Bruchstelle befindet, hätte Wenzel dem Abschnitt entnehmen müssen, den Wünsch in seiner Politischen Ethik 1936 über die religiösen Sozialisten schrieb (Kap. 10, Abschnitt 6), wobei die Kapitelüberschrift „Adolf Stöcker und Friedrich Naumann“ lautet. Ein Kernsatz ist dieser (S.368): „Die Realisten der Bewegung hatten sich immer zu wehren, nicht in den Strudel abstrakt-theoretischer Dekadenz oder pazifistischer Schwärmerei hineingezogen zu werden.“ Auch wenn Wünsch die beiden Namen hier nicht nennt, so kann doch kein Zweifel bestehen, daß Tillich als Vertreter „abstrakt-theoretischer Dekadenz“ und Ragaz als

Vertreter „pazifistischer Schwärmerei“ angegriffen werden sollen, wobei die Wahl nationalsozialistischer Schlagworte besonders bedenklich ist. Die Abgrenzung zu Tillich und zu Ragaz ist aber bei Wünsch nicht etwa erst durch den Nationalsozialismus ausgelöst worden; man vergleiche die lange Fußnote 2 auf den Seiten 536 f. der „Evangelischen Wirtschaftsethik“ von 1927! Die Abgrenzung des „Volkes“ von den „Intellektuellen“, denen die „volkstümliche Kraft und Frische“ fehle (so schon 1927), mündet konsequent in den Lobpreis der „Volksnähe“ des „Führerstaates“ (Ev. Ethik des Politischen, 1936, S. 559 ff.).

Der Nationalsozialismus stamme „aus derselben Not, die Stöcker, Naumann und die Religiösen Sozialisten bewegt hat: die Einheit von Religion, bzw. 'Weltanschauung', Staat und Volk, von 'national' und 'sozial', besser 'sozialistisch'“, wobei der „Staat der Volksgemeinschaft“ durch die „Führung“ „eines Mannes aus dem arbeitenden Volke selbst“ (nämlich Hitler) gewährleistet sei (ebd. S.370).

Angesichts solcher Zitate, die sich noch um viele vermehren ließen, ist es schlechthin grotesk, wenn Wenzel unter Berufung auf Spruchkammer-Gutachten, die nach 45 zugunsten von Wünsch abgegeben wurden, den nationalsozialistischen Einschlag im Denken von Wünsch bestreiten will.

Schon das Referat über die Militärdébatte in der „Zeitschrift für Religion und Sozialismus“ (ZRS) von 1929 (Wenzel, S.55 ff.) verschiebt die Akzente in tendenziöser Weise. Wenzel verschweigt, daß der „Realist“ Wünsch sich zum Sprecher der „Wehrfreudigkeit“ des Volkes macht und den Internationalismus Eckerts ebenso bekämpft wie den Pazifismus von Ragaz. Nicht bloß tendenziös, sondern geradezu verfälschend ist es, wenn Wenzel aus einer Polemik von Wünsch, die gegen die „täuferischen Sekten“ sowie gegen Ragaz und Friedrich Wilhelm Förster gerichtet ist (ZRS

1929, Heft 3, S.24 f.), das Satzfragment hervorkehrt, der Erfolg einer einseitigen Abrüstung in Deutschland „wäre möglich“ (Wenzel, S.62) – während Wünsch ihn dem Kontext nach gerade für illusorisch erklärt und das diesbezügliche „Wagnis“ (von dem man nach Wenzels Text meinen muß, Wünsch habe es bejaht!) ausdrücklich für ein „Gott-Versuchen“ erklärt!

Leider folgt Wenzel dieser schlimmen Art von entstellender Textzitierung auch in einer Polemik gegen Rudolf Bultmann, der in „Verkündigung und Forschung“, 1946/47, S. 253 – 266, einen durchaus zuverlässigen Bericht über die Politische Ethik von Wünsch gegeben hatte (siehe dazu Wenzel S.110 ff.). Daß dieser Bericht, der im wesentlichen nur aus Zitaten besteht, nach 1945 geradezu vernichtend wirken mußte, ist richtig. Ernst Wolf hat damals den „Abdruck dieser Anzeige eines vor mehr als zehn Jahren erschienenen Werkes“ mit der Notwendigkeit der „Erinnerung“ daran gerechtfertigt, „wie und wie sehr sich auch die theologische Arbeit in den Bannkreis des sog. nationalsozialistischen Gedankenguts hat begeben können“.

Daß sich Wenzel solcher Erinnerungsarbeit verweigert und stattdessen in der nach 1945 üblichen Manier einen „Persilschein“ für Wünsch meint ausstellen zu können und zu sollen, macht – wenn ich so sagen darf – die große moralische Schwäche seiner Arbeit aus.

Wie eklatant Wenzel mit seinem Unternehmen gescheitert ist, mag noch an zwei Beispielen belegt werden. Auf theologiegeschichtliche Vergeßlichkeit muß Wenzel rechnen, wenn er aus den Spruchkammerakten von Wünsch als besonders effiziente Verteidigung ein Gutachten von Heinrich Frick anführt. Dieser Marburger Kollege von Wünsch hatte nicht nur die „Sammlung Töpelmann“, eine verbreitete Sammlung theologischer Lehrbücher, im regime-treuen Sinn zurechtgeschnitten („die Neu-

ordnung in Staat und Kirche“, heißt es 1937 im Vorwort zu Müllers „Ethik“, solle klar zum Ausdruck kommen, während man unterlassen wolle, „im innerkirchlichen Tageskampf Partei zu ergreifen“, – also der verfolgten und bedrängten Bekennenden Kirche irgendwie beizustehen), – er hatte auch in einem seiner Hauptwerke, „Deutschland innerhalb der religiösen Weltlage“ von 1936, die „geopolitische“ Sichtweise der Nazis voll übernommen und den Nationalsozialismus, den Wünsch „Volkssozialismus“ nannte, seinerseits als „Volkskultur“ gewürdigt (wobei er den Nationalsozialisten empfahl, statt mit Hauers unzuverlässigen „Deutschgläubigen“ sich lieber mit den etablierten Kirchen zu verbünden). Daß er in der Frage des Verhältnisses von Staat und Kirche im wesentlichen mit Frick übereinstimme, hatte Wünsch 1936 (Polit. Ethik, S. 622, Anm.1) betont. – Soviel zum Zeugenwert von Frick in dieser Angelegenheit.

Geradezu peinlich ist es, wenn als Kronzeuge in Wenzels Buch häufiger ein gewisser „Eurige“ auftaucht. Es handelt sich dabei um den Regierungsdirektor Heinrich Schleich, der (ausweislich der gelblichen Hefte von „Christ und Sozialist“) im Alter eher mit Okkultismus als mit Sozialismus beschäftigt war. Von Theologie hat der Mann, wie er gelegentlich selber eingestand, nie etwas verstanden. So muß es fast erschrecken, in einem theologischen Buch folgende Verleumdung der „dialektischen Theologie“ – das heißt vor allem der Theologie von Karl Barth – aus der Feder dieses „Eurige“ mit Zustimmung zitiert zu finden: „Die dialektische Theologie machte sich die 'Jammertaltheologie' zu eigen: Die Resignation gegenüber den materiellen Nöten des Menschen und die Vertröstung, daß nach allem irdischen, willig hinzunehmenden Leid das vollendete Sein im Jenseits treten werde.“ (Zitiert bei Wenzel S.32.)

Mag es nun mit „Eurige“ stehen, wie es will – ein Theologe, der dergleichen noch 1995 verbreitet, handelt unredlich.

Denn was Karl Barth betrifft (Ähnliches wäre natürlich auch für Thurneysen und auch für Emil Brunner zu sagen), so ermöglicht die Veröffentlichung von Barths Ethikvorlesung aus den 20er Jahren durch Dietrich Braun (Bd.I, 1973; Bd.II, 1978) eine quellenmäßige Überprüfung. Weil ich befürchte, daß mit Wenzels Buch böse Legendenbildung gefördert werden könnte, möchte ich aus Barths Ethik II wenigstens einen kleinen Passus zitieren. Zum „christlichen Aktivismus“, dem man mit Zurückhaltung zu begegnen habe, gehöre auch der religiöse Sozialismus eines Leonhard Ragaz. Dann aber folgen die Sätze: „Wir sind doch einfach auch von dieser Seite aus gefragt, gefragt danach, was wir denn etwa unter Eilen (im Sinne von 2. Petr.3,12., A.P.) verstehen möchten, ob wir uns nicht vielleicht allzu heimisch fühlen in der Gegenwart, allzu wenig von der Zukunft her uns haben anrufen lassen, wenn wir uns so ängstlich davor hüten, der Schwärmerei verdächtig zu werden – als ob das Schwärmen nicht schon mit dem Beten anfinke! –, wenn unser Warten so gar nicht den Charakter der mutigen Tat, des Wagnisses, mit dem man sich exponiert und kompromittiert, haben sollte. Sollte der das Gebot des Gewissens gehört haben, der wirklich mit gar keinem Tropfen schwärmerischen Öles gesalbt wäre? Dessen Tun nur noch konservativ und gar nicht revolutionär wäre?“ (K.Barth, a.a.O. S.411.)

Das Gerücht, daß man in Frankfurt Theologie studieren könne, ohne von Barth je gehört zu haben, scheint in einer makabren Weise durch Wenzels Buch bestätigt zu werden. Gerade die Schlußfragen aus dem eben zitierten Passus von Barth zeigen dem/der Einsichtigen, wie eine Befragung von Wünsch aussehen müßte, die dessen „Sozialismus aus christlichem Gewissen“

ernstnimmt und ihn folglich nicht advokatorisch seiner zeitgebundenen Elemente entkleiden will.

Nachbemerkung:

Mir als „altem Marburger“, der von Professor Wünsch dankbar zu lernen versucht hat und mit Heinz Röhr freundschaftlich verbunden ist, ist diese Besprechung besonders schwer gefallen. War es in den 60er Jahren nötig, gegenüber den (damals!) großen Namen Barth und Bultmann sich anderer Theologien (zumal auch der religiösen Sozialisten) zu erinnern, so zeigt Wenzel mit wahrhaft erschreckender Deutlichkeit, wie die Neuorientierung nicht geschehen darf – nämlich nicht als ein unbußfertiges Zurückgehen hinter jenen kirchlichen Neuanfang, der mit der Stuttgarter Schulderklärung von 1945 gemacht wurde.

Wenzel, der sich zum Verteidiger von Wünsch aufwirft, steht im übrigen der Frömmigkeit des 1. Artikels, die Wünsch so stark bestimmt hat, verständnislos gegenüber. Wünsch die Auffassung zu unterstellen, daß Gott keine anderen Ohren habe als die unseren (Wenzel S.52), ist geradezu üble Nachrede gegen den Marburger Theologen, der hier wie an manchen anderen Punkten gegen seinen Verteidiger verteidigt werden muß.

Buchanzeige:

Wir weisen unsere Leserinnen und Leser auf ein Buch hin, das unser Autor Wulf Schade 1995 im Auftrag der „Deutsch-Polnischen Gesellschaft der BRD“ herausgegeben hat. Es ist für 10,-DM plus Porto für eine Büchersendung zu beziehen bei Wulf Schade, Wielandstr.111, 44791 Bochum oder per FAX 0211/69129 bei der Deutsch-Polnischen Gesellschaft.

Wider die geschichtlichen Vorurteile Deutsche-Juden-Polen und Auschwitz – Eine Dokumentation

Rund um die Vorbereitungen der Gedenkfeiern in Auschwitz gab es etliche unschöne Auseinandersetzungen um ihre Form und ihren Ablauf. Von Teilen der Weltpresse und auch der deutschen Presse wurde das schnell ausgenutzt, wiederum die polnische Bevölkerung mit der Judenvernichtung durch die Deutschen zu „vereinen“. Die Polen seien doch froh gewesen, daß die Deutschen ihnen die Arbeit abnahmen, hieß es schnell. So war in der New York Times vom 25. 1. 1995 wieder vom „polnischen Konzentrationslager“ Auschwitz zu lesen. Deshalb erscheint es uns sehr wichtig, diesen historisch falschen Bewertungen zu widersprechen. Wir dokumentieren Meinungen von Personen, die aufgrund ihrer Erfahrungen während des Krieges und ihrer heutigen gesellschaftlichen Positionen deutliche Aussagen hierzu gemacht haben:

- Adam Michnik, Chefredakteur der heute auflagenstärksten Tageszeitung, der linksliberalen „Gazeta Wyborcza“ – er erzählt von seinen Erfahrungen im Nachkriegspolen als Jude und Pole und stellt einen Zusammenhang von Antisemitismus und Demokratiefeindlichkeit her.

- Jerzy Turowicz, seit 45 Chefredakteur der polnischen katholischen Wochenzeitung Tygodnik Powszechny, und Bischof Karl Lehmann, Vorsitzender der deutschen Bischofskonferenz – diese beiden Dokumente wirken der Aussage entgegen, auf Grund des Nichtzustandekommens einer gemeinsamen Erklärung beider Episkopate zu Auschwitz von Kraftlosigkeit zu sprechen. Gleichzeitig wird hier mit der Erklärung Lehmanns ein Text dokumentiert, der nur im polnischen Radio verlesen wurde. Er besticht durch unzweideutige Aussagen zur alleinigen Verantwortung der Deutschen für Auschwitz.
- Szewach Weiß, Vorsitzender der Knesset in Israel, und Elie Wiesel, Friedensnobelpreisträger, jüdische Auschwitzhäftlinge – diese Auszüge aus Interviews in der Gazeta Wyborcza behandeln neben der Frage „Verantwortung für Auschwitz“ auch das Verhältnis Juden-Deutsche-Polen während des Krieges und danach.
- Baron Maurice Goldstein, Präsident des Internationalen Auschwitz Komitees, war Häftling des Konzentrationslagers Auschwitz bis zu dessen Befreiung am 27. Januar 1945.
- Zu einem die Feierlichkeiten bewertenden Kommentar erschienen zwei Leserbriefe: Bei den Leserbriefen geht es um die Frage, ob man den Begriff Auschwitz oder Oswiecim im Zusammenhang mit dem Vernichtungslager gebrauchen soll; diese Auseinandersetzung ist für diese kleine Dokumentation auch deshalb interessant, da hier ebenfalls beide Begriffe gebraucht werden und bei der Übersetzung der Name beibehalten wurde, den die Autoren selbst verwandten.
- Jerzy Jastrzebowski, Journalist bei der konservativen „Rzeczpospolita“ – er beleuchtet die ständigen Grabenkämpfe unter den die geschichtlichen Tatsachen Ignorierenden auf polnischer und jüdischer Seite.

Die Texte von Adam Michnik, Jerzy Turowicz, Jerzy Jastrzebowski und die Leserbriefe wie auch die Interviews mit Szewach Weiß und Elie Wiesel wurden von mir aus

dem Polnischen übersetzt. Die Texte von Baron Maurice Goldstein und Bischof Karl Lehmann lagen in Deutsch vor.

Wulf Schade

„...die im Dunkeln sieht man nicht...“

Die christliche Linke und die Ränder der Gesellschaft

Die lateinamerikanische Theologie der Befreiung hat uns mit der „Option für die Armen“ eine Zielrichtung gegeben, mit der wir auch in unserer europäischen Gesellschaft nach Veränderungen fragen müssen. Denn es gehört zum Alltag des Kapitalismus, daß immer mehr Personen und Personengruppen an den Rand gedrängt und ausgegrenzt werden. Die Situation verschärft sich auch in Deutschland, einem der reichsten und mächtigsten Länder des kapitalistischen Nordens. Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, (jugendliche) Subkulturen, Wohnghettos sind nur wenige Beispiele für die Spaltung der Gesellschaft, die besonders auch die Frauen trifft. Hieraus ergeben sich – außer moralischer Entrüstung – für eine christliche Linke, welche die „Option für die Armen“ ernst nimmt, eine Reihe von Fragen:

- Wie sind die konkreten Lebensbedingungen an den „Rändern der Gesellschaft“?
- Wie ist unser persönliches/biographisches Verhältnis zu dieser Situation?
- Welche politische Position (als Standort) haben wir dazu?
- Welche solidarischen Handlungsperspektiven sind möglich?

Die Tagung wird veranstaltet vom Verein zur Erforschung und Förderung lateinamerikanischer Theologie e.V., Bremen, und den ChristInnen für den Sozialismus (CfS) – auch anlässlich des 75. Geburtstags von Prof. Dr. Marie Veit –

Termin: Freitag bis Sonntag, d. 4. bis 6. Oktober 1996

Ort: Ev. Jugendbildungsstätte am Frauenberg, 36251 Bad Hersfeld

Kosten: 150,—DM; Nichtverdienende: 100,—DM

Wir bitten, den Betrag im Voraus unter dem Stichwort „CfS-Seminar“ auf das Sonderkonto Nr. 0200 396309 bei der Sparda Bank Kassel e.G., BLZ 520 905 00, zu überweisen.

Anmeldung: Bis zum 1. August 1996 im CfS-Tagungsbüro, c./o. Hartmut Futterlieb, Zur Linde 9, 36251 Bad Hersfeld, Tel. 06621-74905; Fax: 06221-74962.

Anfragen richten Sie bitte an das Tagungsbüro. Sie bekommen einen detaillierten Tagungsablauf rechtzeitig zugeschickt.

Wir über uns: Informationen für neue Leserinnen und Leser

Der Bund der religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands (BRSD) besteht seit 1919. Die in der Weimarer Republik zahlenmäßig wie qualitativ bedeutende religiös-sozialistische Organisation wurde 1933 verboten, viele ihrer Mitglieder starben durch den Faschismus. Nach 1945 entstand der BRSD neu, wurde aber im kalten Krieg zwischen den Machtblöcken zerrieben. In den 70er Jahren war nur ein kleiner Rest übriggeblieben, der zusammen mit Christinnen und Christen aus der Studentenbewegung den Bund neu aufbaute.

Heute sind wir eine kleine, aber lebendige Gruppierung, die ihre Aufgabe darin sieht, in Kirche und Gesellschaft die Interessen der Unterprivilegierten bei uns und in der Welt zur Sprache zu bringen, die Ursachen von Armut, Verelendung und ökologischer Krise zu benennen und für die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft zu arbeiten. Unser Ziel ist eine solidarische Gesellschaftsordnung, in der die Menschen im Mittelpunkt stehen. Richtschnur dieser Praxis ist für uns das Evangelium und das verheißene Reich Gottes. Die Bibel spricht von dem Gott, der aus Unterdrückung und Ausbeutung befreit, der Unrecht anprangert und Gerechtigkeit will, der „die Mächtigen vom Thron stößt und die Erniedrigten aufrichtet“. Jesus von Nazareth hat das „Reich Gottes“ für diese Erde verkündet.

Wir sind keine Partei und keine Sekte, auch keine neue Kirche oder Therapiegruppe. Wir gehen auch nicht davon aus, daß wir im Besitz der alleinigen Wahrheit sind. Wir sind ein Zusammenschluß von Menschen verschiedener Berufe, TheologInnen, Intellektuelle aller Sparten und auch Angestellte, ArbeiterInnen, StudentInnen usw. Wer Karriere machen will, ist bei uns falsch. Auch bezahlt wird bei uns niemand.

Wer mit uns der Meinung ist

- daß das Ende des „realen Sozialismus“ nicht das Ende der Geschichte ist
- daß Gottes Reich auch eine Verheißung für diese Erde ist („Wir harren eines neuen Himmels und einer neuen Erde“)
- daß die beste (aber nicht einzige!) Form der Solidarität mit den Armen dieser Welt der Kampf um Veränderungen in den kapitalistischen Zentren ist
- daß ChristInnen zu dieser Befreiung mehr beizutragen haben, als ein mehr oder weniger frommes Gemüt
- daß es nicht genügt, Basisgemeinden in Brasilien schicken zu finden, aber sich in der BRD vor einer Organisierung zu hüten

Wer mit anderen zusammen Antworten suchen und zusammenarbeiten will, die/den laden wir ein, sich mit uns zusammen auf den Weg zu machen. Jedes Abo und jede Mitgliedschaft/Mitarbeit stärkt uns und unsere Arbeit.

Autorinnen und Autoren

Siegfried Katterle, emeritierter Professor für Volkswirtschaftslehre, ist Mitglied des BRSD und lebt in Bielefeld.

Dieter Kelp ist evangelischer Pfarrer in Duisburg-Rheinhausen.

Matthias Nauerth, Redaktionsmitglied von CuS, ist Sozialarbeiter und lebt in Ellerbek.

Dr. Kurt Oesterle ist freier Journalist und lebt in Tübingen.

Ulrich Peter, Redaktionsmitglied von CuS, ist Berufsschultheologe und lebt in Berlin.

Arnold Pfeiffer ist Kirchenhistoriker und Gemeindepfarrer und lebt in Idar-Oberstein.

Asta Pusch ist pensionierte Lehrerin und Vorstandsmitglied der ACUS (Arbeitsgemeinschaft für Christentum und Sozialdemokratie) und der ILRS (Internationaler Bund religiöser Sozialistinnen und Sozialisten). Sie lebt in Lilienfeld/Österreich.

Alfred Schulz ist Lehrer im Ruhestand und lebt in Reinbek, Kreis Stormann/Schleswig-Holstein.

Oliver Wildener ist evangelischer Theologe und lebt in Hamburg.

Mitarbeit: CuS versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, theologischer und politischer Diskussion, Aktualisierung religiös-sozialistischer Theologie und Politik, Aufarbeitung religiös-sozialistischer Geschichte und von Beiträgen, die sich um die Entwicklung einer Befreiungstheologie und einer entsprechenden Praxis in und für Europa bemühen. **Wir freuen uns über unverlangt eingesandte Manuskripte.** Auch Texte, die der Meinung der Redaktion nicht entsprechen, dafür aber für unsere Leserinnen und Leser interessant sind, werden veröffentlicht. Gleiches gilt für Leser/innenbriefe. Wer regelmäßig bestimmte fremdsprachige Zeitschriften liest, sollte uns dies mitteilen und uns Artikel zur Übersetzung vorschlagen.

Technik: Da die Redaktionsarbeit unentgeltlich erfolgt, haben wir keine Zeit für das Übertragen von Manuskripten auf Diskette. Wir bitten, uns Texte folgendermaßen zuzusenden

– Am liebsten in Word oder winword auf einer 3½-Zoll-Diskette, wobei der Text unformatiert sein sollte. Auch andere Textprogramme (z.B. wordperfect, works), soweit sie IBM-kompatibel sind, können wir verarbeiten

– Sollte kein PC zur Verfügung stehen, erbitten wir eine saubere Schreibmaschinenfassung auf weißem Papier, damit wir den Text einscannen können. Für uns würde dies eine erhebliche Arbeitserleichterung bedeuten!

Sprache: Wir wünschen uns eine Sprache, die die weibliche und männliche Form gleichermaßen berücksichtigt!

Endredaktion: Über einen Abdruck entscheiden die MitarbeiterInnen der Redaktion. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

**Abonnement
und Retour:**

BRSD

Postfach 2521

72015 Tübingen

Streifbandzeitung

Gebühr bezahlt

F 4637 F

Helmut Gollwitzer**Warum bin ich als Christ Sozialist? – Thesen – (Auszüge)****Warum wird ein Mensch Sozialist?**

Ein Mensch wird Sozialist, weil er entweder durch die Schäden des gegenwärtigen Gesellschaftssystems selber schwer getroffen ist oder weil er sich mit diesen Betroffenen identifiziert, aus moralischen Motiven oder aus rationaler Einsicht in die Dringlichkeit revolutionärer Veränderung oder aus beidem.

Ein Mensch wird Sozialist, wenn er die gesellschaftlichen Schäden nicht nur als Einzelphänomene erfährt oder beobachtet, sondern die Vordergrundsphänomene durchschaut auf ihren Zusammenhang hin: den Zusammenhang, den sie untereinander haben und den Zusammenhang mit den Grundstrukturen der gegenwärtigen Gesellschaft, mit der in ihr dominierenden Produktionsweise.

Solche Vordergrundsphänomene waren schon seit dem Frühkapitalismus: Arbeitslosigkeit, krasse Ungleichheit der Chancen und der Lebensverhältnisse, verheerende Wirkung der kapitalistischen Krisen auf ungezählte Existenzen, ökonomische Ursachen internationaler Konflikte (Kriege), militärisch-industrieller Komplex (Rüstungsindustrie, Waffenhandel), Versklavung anderer Völker (Kolonialismus). – Hinzugekommen sind heute: Ressourcenvergeudung, Unmenschlichkeit der Städte, Landschaftszerstörung, Erhöhung der Produktivität durch verschärfte Zerstückelung und Mechanisierung der Arbeit (Taylorisierung) und der Effektivitätskontrolle, Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen und Entqualifizierung der Arbeit durch neue Technologie, Diskrepanz zwischen Befriedigung der Konsumbedürfnisse und Frustration in den Lebensbedürfnissen, Kommerzialisierung der zwischenmenschlichen Beziehungen und der Sexualität, Zerfall der Familie, Unterwerfung der Bürger unter bürokratisch-technokratische Apparate.

Hinzu kommt, daß gleichzeitig mit der Befriedigung der materiellen Bedürfnisse der breiten Masse in den Industriestaaten die materielle Verelendung der Mehrheit der Weltbevölkerung ein in der Geschichte noch nie gesehenes Ausmaß erreicht hat. Die Frage drängt sich auf, ob der Wohlstand hier und das Elend dort ursächlich zusammengehören wie zwei Seiten derselben Medaille.